PROTOKOLL

über die 13. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 12. Mai 2005, im Rathaus, 1. Stock hinten, Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER: Ing. David Forstenlechner

VIZEBÜRGERMEISTER/IN: Friederike Mach, Gerhard Bremm, Ing. Dietmar Spanring

STADTRÄTE/IN: Wilhelm Hauser, Gunter Mayrhofer, Walter Oppl, Ingrid Weixlberger

GEMEINDERÄTE: DI Christian Altmann, Kurt Apfelthaler, Karl Baumgartner, Rudolf Blasi, Dr. Braunsberger-Lechner Birgitta, Roman Eichhübl, Ute Fanta, Helga Feller-Höller, Martin Fiala, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Walter Gabath, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Gerald Hackl, Ing. Franz-Michael Hingerl, Stephan Keiler, Mag. Gerhard Klausberger, Rudolf Kohl, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Hans Payrleithner, Rosa Rahstorfer, Dr. Michael Schodermayr, Rudolf Schröder, Mag. Erwin Schuster, Silvia Thurner, Eva-Maria Wührleitner

VOM AMT: MD OSR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, OMR Mag. Helmut Lemmerer, Dr. Michael Chvatal

ENTSCHULDIGT: GR Rudolf Zöttl

PROTOKOLLFÜHRER: Christian Aichmayr, Gabriele Obermair

TAGESORDNUNG:

1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG, FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER

2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN

3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS

4) AKTUELLE STUNDE

5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES GEM. § 54 ABS. 3 STS

6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 5 der Tagesordnung:

KEINE VORHANDEN

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER ING. FORSTENLECHNER DAVID:

1) Gem-26/05 Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr; entgeltliche Einsatzleistungen und entgeltliche Bereitstellung von Geräten; Tarifordnung 2005.

2) Fin-108/98 Wirtschafts- und Dienstleistungspark Stadtgut Steyr; Erweiterung um die Zonen „D“ und „E“.

3) Ges-33/02 Neuorganisation des FH Trägervereines; Übernahme eines Gesellschaftsanteiles an der FH OÖ. Management GmbH durch die Stadt Steyr.

4) Fin-108/05 Stadtmarketing Steyr GmbH; Ersatz des Personal- und Sachaufwandes für das Finanzjahr 2005; Subvention.

5) Präs-1088/79 Geschäftsordnung des Stadtsenates (GOStS).

6) Präs-105/98 Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr und seiner Ausschüsse (GOGR).

7) BauGru-20/02 Flächenwidmungsplan Nr. 2; Johann und Maria Mayr; Änderung Nr. 7, Feldstraße.

8) BauGru-31/04 Flächenwidmungsplan Nr. 2; Änderung Nr. 17; Blumauergasse.

9) Präs-284/05 Antrag des Bürgerforums Steyr betr. Resolution für bessere Bus- und Bahnverbindungen in Österreich.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

10) SH-316/96 Gesundheits- und Sozialservice Steyr (GSS); Subventionsansuchen 2005.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

11) ÖAG-2/05 Feuerwehrdepot Münichholz; Auflösung des Leasingvertrages und Abschluss eines Kaufvertrags mit der Expanda Immobilien Leasing GmbH.

12) GHJ2-9/05 Generalsanierung Laufbahn Sportanlage Rennbahn.

13) GHJ2-15/05 Erneuerung des Physik- und Chemiesaales Hauptschule Tabor.

14) GHJ2-17/05 Fassadensanierung – Hauptschule Punzerstraße.
15) GHJ2-9/04 Zweite Etappe der Erneuerung der Fenster Volksschule Wehrgraben.

16) GHJ2-2/05 Erste Etappe Fenstertausch und Vollwärmeschutz Volksschule Tabor.

17) Ges-15/05 Verordnung betreffend Schutz der Bevölkerung vor störendem Lärm; Novellierung.

18) Umw-9/05 Umweltbericht 2003/2004. (Der Umweltbericht selbst ist wegen seiner umfangreichen Größe im Internet unter www.steyr.at/Politik zu finden.)

19) Präs-245/05 Antrag GAL Steyr betr. Einbau von Rußpartikel-Filter bei Dieselfahrzeugen des Fuhrparks der Stadt Steyr.

20) Präs-246/05 Antrag GAL Steyr betr. Förderung der Stadt Steyr für Diesel-Rußpartikelfilter für Altautos.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

21) BauBrü-2/01 Schönauerbrücke – Randbalkenerneuerung 3. Teil; Vergabe der Arbeiten.

22) K-1/05 Maßnahmen zur Ortsbildpflege 2005 „Innere Stadt“ und „Ennsdorf“ – „Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet“.

23) BauStr-2/05 Asphaltierungsprogramm 2005; Vergabe der Arbeiten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT WALTER OPPL:

24) Präs-683/02 Richtlinie zur Förderung von nachträglichen Personenlifteinbauten in Wohnhäusern; Umstellung auf Annuitätenzuschüsse.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, hoher Gemeinderat. Ich darf die heutige GR-Sitzung eröffnen und darf feststellen, dass ordnungsgemäß einberufen wurde. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Die Protokollprüfer heißen heute GR Rudolf Blasi und GR Ing. Wolfgang Hack. Entschuldigt ist GR Rudolf Zöttl. Die GR Braunsberger-Lechner kommt etwas später. Ich komme gleich zu Punkt 2), Beantwortung von allfälligen Anfragen.

Die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion richtete mit Schreiben vom 25. April 2005 folgende Anfrage an mich, die ich zuständigkeitshalber an Frau Stadträtin Ingrid Weixlberger weitergeleitet habe. Ich ersuche nun Frau Stadträtin Weixlberger, die Anfrage zu verlesen und zu beantworten:

STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:
„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im Tierhaltegesetz 2002 wurde den Gemeinden vorgeschrieben, sogenannte Freilaufflächen für den Auslauf von Hunden im Stadtgebiet zu schaffen.

Da die Stadt Steyr dieser Verordnung bis heute nicht nachgekommen ist, stellt die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion die Anfrage, wann derartige Flächen geschaffen werden. Das Nichteinhalten des Leinenzwanges führt zudem bei vielen Sportlern (Joggern usw.) und generell in Wohngebieten bisweilen zu unangenehmen Situationen, vor allem sollte auch auf das Entfernen von Hundekot durch die Besitzer hingewiesen werden bzw. diese dazu angehalten werden.

Das Ziel der Gesetzesänderung, nämlich ein reibungsloses Nebeneinander von Hundebesitzern mit den Mitbürgern ist durch Nichteinhaltung von Gesetzen bzw. Ausweichmöglichkeiten auf Freilaufflächen nicht gegeben.

Bitte um Beantwortung bei der nächsten Gemeinderatssitzung.“

Mit freundlichen Grüßen
GR Hans Payrleithner und GR Roman Eichhübl

Im Zusammenhang mit der zitierten Anfrage wird folgende Stellungnahme übermittelt:

Rechtliche Grundlagen sind:
• das OÖ Hundehaltegesetz: LGBl. 147/2002
• das OÖ Polizeistrafgesetz, LGBl. 36/1979 i.d.g.F.
• die Verordnung des Gemeinderates Steyr vom 20.9.1990, mit der ein Verbot der Mitnahme von Hunden auf bestimmte Plätze sowie ein Leinenzwang für verschiedene Stadtgebiete von Steyr erlassen wurde
• und die Straßenverkehrsordnung, BGBl. 159/1960 i.d.g.F.

Mit Ausnahme der dicht verbauten Zonen, in denen wegen der Gefährdung des Verkehres, der Passanten, aber auch natürlich des Unfallsrisikos für die freilaufenden Hunde, seit vielen Jahren eine Leinenpflicht für Hunde besteht, können gehorsame Hunde unter Aufsicht der Hundehalter in Steyr ohne Leine frei geführt werden, sofern sie innerhalb der bestehenden „50 km Geschwindigkeitszonen“ (Ortsgebiet gemäß der Straßenverkehrsordnung) einen Maulkorb tragen.

Außerhalb dieser Zonen können Hunde ohne Maulkorb und ohne Leine unter Aufsicht geführt werden, sofern der Hundehalter die nötige Sorgfaltspflicht beachtet und keine weiteren Einschränkungen bestehen (Privatrecht, Jagdrecht, Naturschutz etc.). Solche „Freilaufzonen“ befinden sich im Stadtteil „Stadtgut“, in „Hausleiten“, im „Münichholz- bzw. Bischofswald westlich der Punzerstraße“, im Bereich „Weinzierl“ sowie „Staffelmayr“ und in „Unterhimmel“.

Ähnliches gilt für die angrenzenden Umlandgemeinden, wo ebenfalls außerhalb der Ortstafeln eine Freilaufmöglichkeit für Hunde gegeben ist.

Innerstädtische Hundezonen („Hundeklos“), das sind eingezäunte Areals in maximaler Tennisplatzgröße, sind unter anderem aus Gründen der Hygiene und wegen der Gefahr der intensiven Parasiten- bzw. Seuchenübertragung nicht vorgesehen, da diese nicht geeignet sind, den Hunden artgerechte Bewegungsmöglichkeiten zu bieten. Die Bewohner der Stadt Steyr sind in der glücklichen Lage, dass auf kurzem Weg die erwähnten Randgebiete erreichbar sind, um dort mit

ihrem Hund in der freien Natur Bewegung und Entspannung zu finden.

Für ein harmonisches Zusammenleben ist bei den Radfahrern, den Joggern, den Spaziergängern und insbesondere bei den Hundeführern in allen Fällen das nötige Verständnis und ein Mindestmaß an Rücksichtnahme vorauszusetzen.

Unter www.steyr.at, beim Bürgerservice, Buchstabe H, Hundehaltung in Steyr finden sie weitere ausführliche Infos und Details sowie grafisches Kartenmaterial zum Thema."

In keiner der zu Beginn angeführten Rechtsvorschriften ist ein Auftrag oder eine Verpflichtung an die Stadt Steyr, Freilaufflächen für Hunde im Stadtgebiet zu schaffen, abzuleiten.

Aufgrund der Bestimmungen des § 6 HHG, Mitführen von Hunden an öffentlichen Orten, können Gemeinden bei Bedarf innerhalb des Ortsgebietes (nicht Stadtgebiet) mit Verordnung öffentliche unbebaute Flächen als sogenannte „Freilaufflächen oder Hundewiesen" widmen, wo eine Leinen- oder Maulkorbpflicht nicht gilt.

Solche Zonen sind, außer in Wien, wo in allen Parkanlagen eine generelle Leinenpflicht besteht, in anderen Städten nicht bekannt.

Die Problematik solcher Hundewiesen liegt aus fachlicher Sicht in der konzentrierten Verschmutzung durch Exkremente der Tiere und der damit verbundenen unverhältnismäßig hohen Infektionsgefahr; außerdem können die Tiere in diesen abgezäunten Arealen ihr artgemäßes Bewegungsbedürfnis nicht ausleben.

Geeignete, zentral gelegene Grundflächen im Ortsgebiet der Stadt Steyr, welche sich im Besitz der Stadt befinden, sind ebenfalls nicht bekannt.

Wie bereits mehrfach festgestellt wurde, ist das Nichteinhalten der Leinen- und/oder Maulkorbpflicht sowie der Verpflichtung, Hundekot zu entfernen und zu entsorgen, u.a. auf die mangelhafte Kontrolle und das Fehlen von Strafsanktionen zurückzuführen.

Insbesondere die Verschmutzung von Gehsteigen und Gehwegen stellt ein Strafdelikt der StVO dar und müsste von den Organen der BPD Steyr kontrolliert und bestraft werden.

Die Überwachung der Einhaltung des Polizeistrafgesetzes und des Hundehaltegesetzes ist Aufgabe der Gemeinde.

Es ist nicht davon auszugehen, dass Freilaufflächen ein wirksames Mittel gegen Probleme im Zusammenleben mit Hunden darstellen könnte, vielmehr ist die Einhaltung bestehender Rechtsvorschriften strenger zu überwachen und sind die wenigen „schwarzen Schafe" unter den Hundehaltern auf ihre Verpflichtungen hinzuweisen und zur Verantwortung zu ziehen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Alles klar? Wir kommen zu Punkt 3), Mitteilungen des Bürgermeisters.

Bundespräsident Fischer in Steyr

Bundespräsident Dr. Heinz Fischer wird am 6. Juni zu Gast in Steyr sein. Er wird um 17.30 Uhr im Museum Arbeitswelt ein Referat über den Staatsvertrag halten. Anschließend, um etwa 19 Uhr, steht eine Publikums-Diskussion auf dem Programm. Alle Interessierten sind dazu herzlichst eingeladen. Ich werde den Bundespräsidenten um 16.15 Uhr ins Rathaus einladen und mit ihm Anliegen der Stadt Steyr besprechen.

14 Mädchen beim Girl´s Day im Magistrat

14 Mädchen aus mehreren oberösterreichischen Gemeinden machten im Steyrer Magistrat und in den Städtischen Betrieben am 28. April beim Girl´s Day mit. Diese Aktion hatte den Zweck, bei Mädchen Interesse für technische Berufe zu wecken, Unternehmen auf das Potenzial der Mädchen aufmerksam zu machen sowie Eltern und Öffentlichkeit dafür zu sensibilisieren, dass Mädchen in traditionell männlich dominierten Berufen immer dringender gebraucht werden. Die jungen Damen interessierten sich vor allem für die Tätigkeiten in der Gärtnerei, in den Stadtwerken, im Gaswerk und

in den Altenheimen. Sie wurden an ihren Arbeitsplätzen von Fachleuten über den jeweiligen Beruf informiert und führten auch praktische Arbeiten durch. Die Mädchen erwiesen sich bei ihren ersten Kontakten mit der Berufswelt als ausgesprochen talentiert. Personal-Referent Dietmar Spanring, Jugend-Referent Walter Oppl, die Frauen-Beauftragte des Landes Oberösterreich Brigitte Lohnecker und ich standen den jungen Handwerkerinnen mit Rat und Tat zur Seite.

Polizeihunde-Staffel

Die Polizeihunde-Staffel soll ab 1. Juli vom Stadtteil Steyrdorf nach Linz verlegt werden. Das Wachzimmer in der Sierninger Straße wird nur noch als Reserve verwendet. Ich halte dieses Vorgehen für absolut inakzeptabel. Ich fordere, dass das Wachzimmer Steyrdorf in seiner vollen Funktion erhalten bleiben muss.

Nach den Cobra-Beamten und einem Teil der Kriminalbeamten würden wir sonst wieder eine Einrichtung verlieren, die für die Sicherheit der Steyrer Bürgerinnen und Bürger einen großen Wert hat. Noch dazu hat Innenministerin Liese Prokop öffentlich zugesichert, dass im Zuge der Polizeireform keine Dienststellen geschlossen werden.

Schubertfestival

Das Schubertfestival 2005 startet am 20. Mai. Bis 29. Mai werden Klassik-Fans in Steyr ein Musik-Programm allerhöchster Qualität erleben. An zwei Wochenenden werden sieben Veranstaltungen zum Thema „Franz Schubert und Ludwig van Beethoven“ angeboten. Ausführende sind renommierte Künstlerinnen und Künstler wie etwa das Artis-Quartett, Jeremy Menuhin, Robert Holl, Rudolf Buchbinder, Ildiko Raimondi, Benjamin Schmid und das Klavierduo Egri und Pertis. Das Schubert-Festival erhöht den Stellenwert der Stadt Steyr als Kultur- und Veranstaltungsstandort und ist sicher eines der Höhepunkte des Kulturjahres 2005.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage

Die Arbeitslosenquote im April 2005 betrug 5,9 % und ist im Vergleich zum Vormonat um 0,7 % Prozentpunkte niedriger. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr erhöhte sie sich um 0,1 %.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im April 2005 2.477. Diese verringerte sich gegenüber dem Vormonat um 10,9 % (d. s. 303 Personen) und gegenüber dem Vorjahr erhöhte sie sich um 3,9 % (d.s. 94 Personen).

Im April 2005 sind 456 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 29 Stellen weniger und gegenüber dem Vorjahr um 18 Stellen mehr.

Wir kommen zu Punkt 4), „Aktuelle Stunde“. Ich bitte die Freiheitliche Fraktion ihr Anliegen vorzutragen.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, das neue Statut hat tatsächlich neben den Nachteilen viele Vorteile. Einer ist, dass die Gemeinderäte mit der „Aktuellen Stunde“ am Beginn der Sitzung ihre Themen vortragen können. Aber der noch viel größere Vorteil ist, natürlich für den Bürgermeister und die Mehrheitsfraktion, dass man sich schon Tage vorher dieser Themen annehmen kann und der Herr Fraktionsobmann hat ja davon weitestgehend Gebrauch gemacht und mit Presseaussendungen sich auf dieses Thema draufgesetzt. Im konkreten Fall meine ich jetzt das Postamt am Wieserfeldplatz, wo man jetzt alle anderen dafür verantwortlich und schuldig macht, dass es geschlossen wird. Ich möchte aber hier schon feststellen, es hätte auch sicherlich Möglichkeiten gegeben, seitens des Bürgermeisters hier vorstellig zu werden und Verhandlungen zu führen. Es ist ja seinerzeit seitens der Post verkündet worden, dass es nur Schließungen gibt in Absprache mit dem Bürgermeister und den Gemeindevertretungen. Inwieweit das in Steyr der Fall war, wäre auch ganz interessant das heute hier noch einmal zu diskutieren. Ich hoffe, der Bürgermeister wird uns auf das auch eine Antwort geben und nicht nur uns über die Medien ausrichten lassen, wer aller sonst noch schuldig ist an der Schließung. Ich finde es äußerst bedauerlich, wenn dieser Schritt jetzt tatsächlich gesetzt wird. 47 Postämter, laut heutiger Presseaussendung, konnten nämlich durch Verhandlungen doch gerettet werden. Es wäre gut gewesen, wenn da Steyr darunter wäre. Es ist eines der ältesten Postämter, es fügt sich harmonisch in den Stadtteil Steyrdorf. Es wäre schade. Ich bin überzeugt, dass man auch mit einer kleinen

Mannschaft dieses Postamt dort weiter betreiben hätte können. Im Stadtteil Steyrdorf und im angrenzenden Wehrgraben hat sich ja in den letzten Jahren Erfreuliches getan. Dieser Stadtteil hat sehr gewonnen an Lebensqualität, durch die Fachhochschule, durch das Sanieren, das Herrichten und das Revitalisieren des Althausbestandes und vieles mehr. Es ist vollkommen kontraproduktiv und es ist äußerst bedauerlich, dass mit diesem Schritt eigentlich in die Gegenrichtung gearbeitet wurde. Vielleicht, es ist ja hier, zumindest der heutigen Presse zu entnehmen, noch bis Jahresmitte die Möglichkeit Verhandlungen zu führen, wäre es doch noch möglich, die Post mit einem Kompromiss zu ködern. Es gibt ja auch die Möglichkeit sogenannte Postshops einzurichten, d. h., die Post übernimmt die Kosten der Einrichtung, wenn jemand dort ein Geschäft errichtet und zugleich ein Postamt betreibt. Einige in Oberösterreich haben davon Gebrauch gemacht. Das wäre auch eine interessante Überlegung für Steyrdorf, nachdem es dort sowieso keinen Nahversorger in der unmittelbaren Wohngegend gibt. Das nächste größere Einkaufsgeschäft und Lebensmittelgeschäft ist ja bekanntlich am Tabor. Das wäre auch eine interessante Variante und Möglichkeit gewesen für diesen Stadtteil. Man sollte nichts unversucht lassen Herr Bürgermeister. Vielleicht kann man mit der Post noch einmal reden. Zu befürchten ist allerdings, dass es 5 Minuten nach 12 ist.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Jede Fraktion hat eine Wortmeldung. SP? Herr Vizebürgermeister Bremm.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist schon richtig, dass die „Aktuelle Stunde“ am Beginn der GR-Sitzung eine andere Qualität hat. Erstens ist natürlich die Aufmerksamkeit noch eine andere wie am Ende einer Sitzung. Obwohl, ich habe heute in unserer Fraktion eh schon gesagt, die GR-Sitzungen sind schon sehr kurz, das ist schon sehr bedenklich. Aber wir brauchen natürlich, lieber Kollege Payrleithner, als SP-Fraktion keine „Aktuelle Stunde“ um uns auf dieses Thema vorzubereiten. Ich glaube, dass gerade wir es waren, und auch im Gemeinderat mit allen Stimmen, alle Fraktionen, haben wir ja im November in der GR-Sitzung eine einstimmige Resolution beschlossen, dass in Steyr keine Postämter geschlossen werden sollen, dürfen, müssten. Ich habe mich da in der Öffentlichkeit, was du angesprochen hast, dazu geäußert, weil mittlerweile doch durchgedrungen ist, dass unsere Resolution, die wir zwar einstimmig beschlossen haben, eher wenig Reaktion bei den Verantwortlichen gezeigt hat. Wie wir ja das in den letzten 5 Jahren des Öfteren so erlebt haben, dass die Verhandlungen oder die Gespräche sehr schwierig sind und die Bereitschaft äußerst schleppend und zum Teil gar nicht vorhanden ist. Ich glaube nach wie vor, dass diese Maßnahme nicht in Ordnung ist und dass es gerade für den Stadtteil Steyrdorf ein großer Schaden ist für die weitere Entwicklung, wenn man dort gerade so ein Kommunikationszentrum weggibt. Ich kann nur, der Bürgermeister wird es eh dann selber sagen, hier auch informieren, dass es sehr wohl intensive Gespräche gegeben hat, aber die Bereitschaft seitens der Post dieses Postamt offen zu lassen war halt nicht vorhanden. Weiß du, von eurer Seite her tu ich mir schon ein bisschen schwer, weil ihr hättet ja euren politischen Einfluss, zumindest bis vor wenigen Wochen noch, jetzt ist es ja schwierig, weil jetzt weißt du ja nicht mehr genau wo du hingehen musst ...

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Wir wissen es schon noch!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Aber das sind immer eure dort unten, die das jetzt bestimmen, zu denen du gehen kannst. Aber es ist schon der Ausfluss der Politik, die betrieben worden ist. Wenn wir uns heute da beklagen, dass über 350 Postämter geschlossen werden und an die 40 sind vorübergehend einmal gerettet worden, ...

GEMEINDERAT GERALD HACKL:
Galgenfrist!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
... dann ist das eh ein spärliches Ergebnis. Insgesamt ist diese Politik und wir haben das auch immer kritisiert, bei allen Dingen wo man wirtschaftlich nachdenken muss, wo man wirtschaftlich betrachten muss, aber es gibt auch andere Dinge und andere Werte nicht nur die betriebswirtschaftliche Sicht für die die öffentliche Hand verantwortlich ist. Das spielt halt bei der derzeitigen Bundesregierung keine Rolle. Also diese Feststellung machen wir auch in vielen anderen Dingen. Wie gesagt, wir haben uns da wirklich bemüht. Vielleicht ist noch ein Funken einer Chance vorhanden. Ich glaube nicht, sondern die Entscheidung Wieserfeldplatz dürfte gefallen sein. Soweit das bekannt ist, dass es noch nicht geschlossen ist, das ist ja nur mehr die Frist, die noch einzuhalten ist um die Vorbereitungen zu

treffen, dass der Schlüssel umgedreht wird und das Postamt zu ist. Es ist schade, es tut uns weh, aber man muss schon sehr deutlich auch sagen, für diese Maßnahmen und nicht nur Steyr, da gibt es Regionen und Gemeinden die noch härter betroffen sind davon, wenn es in ganzen Gemeinden keine Postämter mehr gibt, wie ins Ennstal hinein, in Reichraming habe ich z. B. gehört. Also, ganze Orte sind da nicht mehr über die Post versorgt. Diese politische Verantwortung die wird auch getragen werden müssen und ich hoffe, dass das sehr bald ist.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. ÖVP? Keine Stellungnahme. Grüne? Herr Kupfer bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Dass die ÖVP keine Stellungnahme dazu abgibt, signalisiert vielleicht ein bisschen, dass die Stadt Steyr doch nicht mit vereinten Kräften versucht hat, dieses Postamt vor der Schließung zu retten. Ich möchte bei der ÖVP auch erinnern, dass das auch Mandatare der ÖVP waren, die nicht zu einem einstimmigen Beschluss beigetragen haben, wie es aber in anderen Gemeinden sehr wohl der Fall war.

Der Einsatz des Kollegen Bremm kommt meines Erachtens relativ spät. Diese Presseaussendung, die vor einigen Tagen hinausgegangen ist, ist zu einem Zeitpunkt an die Öffentlichkeit gegangen, wo eigentlich das Zusperren schon längst beschlossen war. Der Bürgermeister kennt ja die Aktivitäten die von den Bürgerinnen und Bürgern in den letzten Wochen und Monaten getätigt worden sind. Ich denke mir, es hat doch einige gegeben, die versucht haben, diese Schließung hintanzuhalten. Es hat aber auch einige gegeben die sich schon relativ früh mit dieser Sache abgefunden haben. Das Postamt Wieserfeldplatz ist betriebswirtschaftlich überprüft worden und diese Überprüfung hat unterschiedliche Zahlen gebracht. Die Berechnungen die wir durchgeführt haben und die Berechnungen die das Postamt selbst durchgeführt hat, haben eindeutig gezeigt, dass dieses Postamt betriebswirtschaftlich geführt werden kann, nämlich aus folgendem Grund: Die Betriebskosten sind bei diesem Postamt äußerst gering und die Personalkosten werden sich auch deswegen nicht verringern, weil es zu keinen Entlassungen kommt. Es tritt jetzt der meines Erachtens kuriose Fall ein, dass die zwei bis drei Bediensteten die am Wieserfeldplatz tätig sind auf andere Poststellen in Steyr aufgeteilt werden. Sie werden aber personalmäßig diesen Postämtern nicht zugeteilt, sondern werden von der Generaldirektion bezahlt und sie haben dort auch keine Tätigkeiten. D. h., sie werden nicht gekündigt, sie stehen auf diesen Postämtern in der zweiten und dritten Reihe, haben keine Schaltertätigkeit und so schaut Neoliberalismus in Reinkultur aus. Das bringt betriebswirtschaftlich wie gesagt nichts, bringt dem Stadtteil auch überhaupt nichts. Was mich sehr verwundert hat, war die gestrige freudenstrahlende Presseaussendung des Staatssekretärs Mainoni, der vor einigen Wochen ja noch bei der FPÖ war und jetzt beim BZÖ ist, oder noch immer bei der FPÖ, ich weiß es nicht, aber er hat sich irrsinnig gefreut, dass dieses glückliche Verhandlungsergebnis mit diesen 350 oder 360 Schließungen zustande gekommen ist und dass sozusagen für die Post hier ein neuer Weg gezeigt wird. Meines Erachtens ist es für die Stadt Steyr und für den Stadtteil Steyrdorf/Wieserfeldplatz eine absolute Katastrophe. Glaubt man den Gerüchten, ist als nächstes Postamt das Postamt am Tabor an der Reihe. Wer dieses Postamt kennt weiß, dass es irrsinnig schwer erreichbar ist und es gibt meines Wissens auch schon Planungen ein neues Postamt in diesem Stadtteil zu errichten nämlich im Kaufhaus Tabor um sozusagen eine Zwischenlösung zwischen dem Taborpostamt und dem am Wieserfeldplatz zu erreichen auf Kosten eines der ältesten und wichtigsten Postämter in der Stadt Steyr. Es tut mir für die Bewohner, für den aufstrebenden Stadtteil, aber auch für die Bediensteten irrsinnig Leid.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. FPÖ? Keine Wortmeldung. Bürgerforum? Frau Mag. Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, ich möchte an der Wortmeldung vom Andy Kupfer anschließen, ich erachte es auch als Entwertung eines Stadtteiles, wenn eine wesentliche Infrastruktur nicht mehr vorhanden ist und dazu gehört sicherlich dieses Postamt. Leider ist in dem Fall wohl wirklich der Zug abgefahren und ich bedaure das sehr, aber ich ersuche den Bürgermeister alles in seiner Macht stehende zu tun um zumindest zu verhindern, dass weitere Postämter in Steyr geschlossen werden. Eines jener Postämter wo ich

persönlich befürchte dass es möglicherweise nur eine Frage der Zeit ist, ist das Postamt am Grünmarkt. Und zwar deshalb, weil das Postamt am Grünmarkt ist ein Postamt das immer sehr gut gegangen ist, auch deshalb, weil die gesamte Geschäftspost vom Stadtplatz usw. und die Mitarbeiter die am Stadtplatz beschäftigt sind ihre Postwege dort erledigt haben. Das hat man massiv eingeschränkt vor einiger Zeit, indem man die Öffnungszeiten radikal gekürzt hat. Das Postamt ist über Mittag zu. Und genau in der Mittagszeit ist aber jene Zeit, wo die Mitarbeiter Postwege erledigen können, wo man vielleicht auch die Geschäftspost aufgibt. Außerdem hat man nicht nur in der Mittagszeit zu, man hat auch die Schließzeit auf 17.30 Uhr vorverlegt, dass es sich gar nicht mehr ausgeht die Geschäftspost zum Teil aufzugeben. Die Taktik dahinter denke ich mir ist die, und das wird zum Teil auch offen gesagt, die Leute sollen halt das Bahnhofspostamt nutzen, das hat sehr lange Öffnungszeiten. Was natürlich jetzt dazu führt, dass erstens einmal immer öfter Kunden vor verschlossenen Türen stehen, nämlich die Laufkunden die das noch nicht so gewusst haben, dass da mittags zu ist und die dann überhaupt nicht mehr das Postamt nutzen sondern gleich auf das Bahnhofspostamt gehen, oder andere die das eben schon wissen, aber generell ihre Post dann gleich auf den Bahnhof bringen. Faktum ist, dass dann eines passieren wird, genau diese Rentabilitätsgeschichte, dass man sagen wird in einiger Zeit, na ja, das Postamt Grünmarkt hat so massiven Rückgang, das rechnet sich betriebswirtschaftlich nicht mehr. Dass man allerdings selbst dazu beigetragen hat, dass es sich betriebswirtschaftlich nicht mehr rechnet, wird ja dann nicht dazu gesagt. Ich würde den Herrn Bürgermeister wirklich bitten Gespräche mit der Post zu führen, ob man sich nicht einmal diese Schließzeiten überlegen sollte und den ursprünglichen Zustand wieder herstellen sollte, dass das Postamt am Grünmarkt wirklich ganztätig offen ist und auch bis 18 Uhr. Es ist nämlich auch eines passiert, früher konnten sie um 5 vor 18 Uhr dort auf die Post gehen und sie wussten, dass ihr Paket oder ihr Brief noch befördert wurde, jetzt müssen sie bereits vor 17 Uhr ihre Post abgegeben haben, denn um 17.30 Uhr schließen sie ohnedies. Ich würde sie wirklich bitten Herr Bürgermeister Gespräche mit der Post zu führen, dass man sich diese Schließzeiten am Grünmarkt noch einmal überlegt, man hat da jetzt eine Erfahrung denke ich von ungefähr einem Jahr, seit man das gemacht hat, und es wirklich im Sinne der Geschäftsleute am Stadtplatz, der Mitarbeiter, der Bewohner, aber auch vor allem im Sinne der Erhaltung dieser Infrastruktur zu suchen, weil da kann man glaube ich im Vorfeld noch etwas ändern. Wenn wir da jetzt zuschauen, dann werden wir in ein paar Jahren die Geschichte haben, dass man sagt, Grünmarkt sperren wir auch zu, sollen alle auf den Bahnhof rennen. Und das wäre wirklich eine Katastrophe für den Stadtplatz.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Vielleicht noch ein paar Worte zum Thema Verhandlungen mit der Post. Die Herren der Post waren zweimal bei mir. Einmal wollten sie die Genehmigung von mir haben, dass das Postamt früher geschlossen wird als ursprünglich geplant. Ich habe gesagt, es gibt einen eindeutigen GR-Beschluss und sie werden von mir nie eine Zustimmung zu dieser Maßnahme haben. Das zweite Gespräche habe ich geführt mit dem Postverantwortlichen über das Thema Wirtschaftlichkeit, Betriebswirtschaft dieses Postamtes, wo mir die Herren des Postamtes erklärt haben, dass ca. 38.000,-- Euro pro Jahr Defizit in diesem Postamt entsteht. Diese 38.000,-- Euro, hat mir der zuständige Mann erklärt, sind noch ohne Overheadkosten gerechnet, d. h. das sind Kosten, die eigentlich noch viel höher wären. Also es waren rein betriebswirtschaftliche Gründe ausschlaggebend. Die Post hat von mir auch entsprechende Unterlagen bekommen. Es hat auch eine Maßnahme des Städtebundes gegeben, wo es eine Kontrollkommission gegeben hat, wo diese Zahlen überprüft worden sind. Nach Abschluss dieser Kontrollkommission hat es auch dann die Entscheidung gegeben und die ist, wie sie eben gehört haben.

Das war zum Thema „Aktuelle Stunde“. Wir kommen zu Punkt 5), Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates. Ich bitte um Kenntnisnahme dieser Beschlüsse und komme zu Punkt 6), Verhandlungsgegenstände. Ich gebe dazu meine Vorsitz an meine Kollegin ab.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke, ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichte.

GR Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner kommt um 14.40 Uhr in die Sitzung.

BE: BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bei meinem ersten Punkt geht es um die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr, um die entgeltliche Einsatzleitung und entgeltliche Bereitstellung von Geräten und zwar um die neue Tarifordnung 2005. Diese Tarifordnung wird entsprechend einer Empfehlung des OÖ Landesfeuerwehrverbandes von uns übernommen. Ich nehme an, sie kennen die Inhalte und bitte um Zustimmung zu diesem Antrag.

1) Gem-26/05 Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr; entgeltliche Einsatzleitungen und entgeltliche Bereitstellung von Geräten; Tarifordnung 2005.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 8. 4. 2005 wird die Feuerwehr-Tarifordnung 2005 entsprechend der Beilage geändert.

Die neue Tarifordnung ist im Amtsblatt der Stadt Steyr kundzumachen und tritt mit Ablauf des Tages der Kundmachung in Kraft.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich komme zu Punkt 2), Wirtschafts- und Dienstleistungspark Stadtgut Steyr. Es geht um die Erweiterung der Zonen „D“ und „E“. Es ist ja mittelfristig geplant, dass dieser Wirtschaftspark um diese Bereiche erweitert wird. Dazu ist es notwendig, dass in Summe fünf Punkte zu berücksichtigen sind. Das eine ist die Vereinbarung über die Errichtung der Infrastruktur, das 2. ist die Haftung für Zwischenfinanzierung der Wirtschafts- und Dienstleistungspark Stadtgut Steyr GmbH., dann der Alleinvermittlungsauftrag mit der Wirtschafts- und Dienstleistungspark Stadtgut Steyr, dann die Genehmigung, dass der Grundkauf und dieser Grundsatzbeschluss ebenfalls hier gefasst wird, so wie schon in der Vergangenheit zu diesem Thema in den übrigen Bereichen gefasst worden ist und der Zuschuss zur Betreuung und Instandhaltung der Infrastruktur. Ich bitte den hohen Gemeinderat um Zustimmung.

2) Fin-108/98 Wirtschafts- und Dienstleistungspark Stadtgut Steyr; Erweiterung um die Zonen „D“ und „E“.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorliegenden Amtsberichtes vom 18. April 2005 werden hinsichtlich der Erweiterung des Wirtschafts- und Dienstleistungsparks Stadtgut Steyr um die Zonen „D“ und „E“ folgende Beschlüsse gefasst:

1. Vereinbarung über die Errichtung der Infrastruktur:

Dem Abschluss der in der Anlage beigeschlossenen Vereinbarung (Beilage 2) zwischen der Stadt Steyr und der Wirtschafts- und Dienstleistungspark Stadtgut GmbH. über die Errichtung der gesamten Infrastrukturmaßnahmen in den Zonen D und E des Wirtschaftsparks Stadtgut Steyr wird zugestimmt.

2. Haftung für Zwischenfinanzierung der Wirtschafts- und Dienstleistungspark Stadtgut Steyr GmbH.

Die Stadt Steyr übernimmt - vorbehaltlich der hiezu notwendigen aufsichtsbehördlichen Genehmigung – für ein von der Wirtschafts- und Dienstleistungspark Stadtgut Steyr GmbH. aufzunehmendes Fremdfinanzierungsvolumen von max. € 600.000,-- eine Ausfallsbürgschaft gem. § 1356 ABGB.

Weiters wird der GB für Finanzen ermächtigt, im Rahmen dieses Haftungsrahmens bis zum Betrag von maximal € 600.000,-- ähnlich lautende Urkunden, wie die bei der Beschlussfassung des Gemeinderates vom 8. Juli 2004 beiliegenden Vereinbarung (Beilage 3) abzuschließen, ohne diese neuerlich dem Gemeinderat zur Kenntnisnahme vorzulegen.

3. Alleinvermittlungsauftrag mit der Wirtschafts- und Dienstleistungspark Stadtgut Steyr GmbH:

Zur besseren Koordination und zum Gelingen des Projektes wird der Erweiterung des bestehenden Alleinvermittlungsauftrages (Beilage 4) mit der Wirtschafts- und Dienstleistungspark Stadtgut Steyr GmbH. für die aus dem beiliegenden Plan (Beilage 1) ersichtlichen Grundstücke der Zonen „D“ und „E“ zugestimmt. Aus der Erweiterung des Alleinvermittlungsauftrages dürfen der Stadt Steyr keine Kosten erwachsen.

4. Grundverkauf – Grundsatzbeschluss:

Der Magistrat wird ermächtigt, hinsichtlich der aus beiliegendem Plan (Beilage 1) ersichtlichen Flächen der Zonen „D“ und „E“ und unter Berücksichtigung der im Punkt 1.d) des vorliegenden Amtsberichtes angeführten Preisuntergrenze je m² und Bedingungen (Vor- und Wiederverkaufsrecht) entsprechende Kaufverträge mit den seitens der Wirtschafts- und Dienstleistungspark Stadtgut Steyr GmbH., aufgrund des erweiterten Alleinvermittlungsvertrages namhaft gemachten Kaufinteressenten, abzuschließen.

5. Zuschuss zur Betreuung und Instandhaltung der Infrastruktur:

Die Stadt Steyr gewährt der Wirtschafts- und Dienstleistungspark Stadtgut Steyr GmbH. jährlich – nach Vorlage eines Kostennachweises – einen Zuschuss maximal in Höhe der Unkosten, die aus der Betreuung und Instandhaltung der Infrastruktur der Zonen „D“ und „E“ entstehen. Die Abwicklung erfolgt über die Wirtschaftsförderung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung. Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Stimmenthaltung? 1 (Bürgerforum). Wer ist dagegen? Niemand. Danke, der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bei meinem dritten Punkt geht es um die Neuorganisation des FH Trägervereines und zwar um die Übernahme eines Gesellschaftsanteiles an der FH OÖ Management GmbH. durch die Stadt Steyr. Hier handelt es sich um ein relativ umfangreiches Vertragswerk. Es gibt ja seit mehr als einem Jahr Verhandlungen zu diesem Thema Überführung des FH Trägervereines in eine Management GmbH. Nach vielen, vielen Gesprächen, wo die Städte Linz, Steyr und Wels bzw. die Gemeinde Hagenberg jeweils eingeladen waren, sind wir zu einer Neuorganisation dieses Bereiches gekommen. Es geht hier darum, dass auch die Stadt Steyr eine Fördervereinbarung ja bereits beschlossen hat in einem der Gemeinderäte. Es geht auch darum, dass entsprechende Verträge, und zwar ein Abtretungsvertrag und eine Gesellschaftsvertrag mit der FH geschlossen wird. Ich habe zu diesem Thema auch einen Abänderungsantrag an sie verteilen lassen. Es geht darum, dass seitens des Landes OÖ erst diese Woche mitgeteilt wurde, dass einige Formfehler in diesen Verträgen gefunden wurden und dass wir gebeten wurden, diese Formfehler noch zu korrigieren. Es geht dabei zum Teil um einfache grammatikalische Fehler. Das Wort Gesellschaft ist durch Gesellschafter zu ersetzen und es geht auch um die Beträge der Marktgemeinde Hagenberg, die sich nachträglich, nach Verhandlungen, noch geändert haben, weil ja die Gemeinde Hagenberg diese Beträge wie sie Linz, Wels und Steyr bezahlen, nicht bezahlen können. Ich bitte diesem Antrag in Form des Abänderungsantrages die Zustimmung zu erteilen.

3) Ges-33/02 Neuorganisation des FH Trägervereines; Übernahme eines Gesellschaftsanteiles an der FH OÖ. Management GmbH. durch die Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für öffentliche Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 1. April 2005 wird dem Beitritt der Stadt Steyr zur FH OÖ Management GmbH. durch Übernahme eines Teiles des Stammkapitals in Höhe von EUR 175,00 entsprechend dem beigeschlossenen Gesellschaftsvertrag zugestimmt.

Zu diesem Zweck hat die Stadt Steyr gemeinsam mit dem Land OÖ, den Städten Linz und Wels sowie der Marktgemeinde Hagenberg den in der Beilage angeschlossenen Rahmen- und Syndikatsvertrag, den Gesellschaftsvertrag sowie den Abtretungsvertrag über die Gesellschaftsanteile des Trägervereines zur Vorbereitung der Errichtung, Erhaltung und des Betriebes von FH-Studiengängen in OÖ abzuschließen, mit welchem die Stadt vom Verein Gesellschaftsanteile in Höhe von EUR 175,00 an der FH OÖ Management GmbH. erwirbt.

Abänderungsantrag

Gemäß § 9 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr und seiner Ausschüsse zu Tagesordnungspunkt 3) Ges-33/02 der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr am Donnerstag,

12. Mai 2005, 14 Uhr.

Seitens des Landes OÖ wurde am Mittwoch, dem 11. Mai 2005 per E-Mail mitgeteilt, dass die OÖ Landesregierung ersucht, den Rahmen- und Syndikatsvertrag in einigen Punkten noch abzuändern, sodass die von der Stadt Steyr beschlossene Fassung inhaltlich zu 100% mit der von der OÖ Landesregierung übereinstimmt.

Es ergeht daher gemäß § 9 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr und seiner Ausschüsse der nachstehende Abänderungsantrag,

der Gemeinderat möge beschließen:

In Pkt. 5.1. ist das Wort Gesellschaften durch das Wort Gesellschafter zu ersetzen.

Der Einleitungssatz in Pkt. 7 hat zu lauten: Die Syndikatspartner halten einvernehmlich fest, dass die beiliegenden Fördervereinbarungen (Anlagen 3 bis 6) aufrecht sind und vereinbaren, ...

Pkt. 7 wird nachstehender Zusatz angefügt: Die Beiträge der Marktgemeinde Hagenberg sind für die Jahre 2002 bis inklusive 2004 mit 36.000 Euro jährlich begrenzt, für das Jahr 2005 mit 52.000 Euro und ab 1. 1. 2006 mit 104.000 Euro jährlich.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung über den Hauptantrag im Sinne des Abänderungsantrages. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Auch hier, einstimmige Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bei meinem nächsten Antrag geht es um die Stadtmarketing Steyr GmbH., Ersatz des Personal- und Sachaufwandes für das Finanzjahr 2005, um die Subvention in der Höhe von 218.000,-- Euro für diesen Aufwand. Dieser Betrag ist im Budget vorgesehen und ich bitte auch zu diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

4) Fin-108/05 Stadtmarketing Steyr GmbH; Ersatz des Personal- und Sachaufwandes für das Finanzjahr 2005; Subvention.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für öffentliche Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 21. April 2005 wird der Stadtmarketing Steyr GmbH eine Subvention in Höhe von Euro 218.000,00 genehmigt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von Euro 218.000,00 (Euro zweihundertachtzehntausend) bei der VA-Stelle 5/015000/757000 (lfd. Transferzahlungen) freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von Euro 215.000,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonstruktion wird, auf Basis einer vom GB für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist auch nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch hier, einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich komme zu Punkt 5), Geschäftsordnung des Stadtsenates. Aufgrund des Landesgesetzes wurde das Statut der Stadt Steyr in wesentlichen Teilen geändert. Die bestehende Geschäftsordnung des StS der Stadt Steyr musste entsprechend überarbeitet werden. Es ist eine Anpassung der geänderten Bestimmungen an das Stadtstatut notwendig. Bei der Geschäftsordnung des Stadtsenates geht es um einige Änderungen die hier taxativ aufgezählt sind und ich bitte auch dieser neuen Geschäftsordnung des Stadtsenates die Zustimmung zu erteilen.

5) Präs-1088/79 Geschäftsordnung des Stadtsenates (GOStS).

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für öffentliche Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 31. März 2005 wird die in der Anlage beigeschlossene Verordnung betreffend die Geschäftsordnung des Stadtsenates der Stadt Steyr (GOStS) genehmigt).

Die Kundmachung dieser Verordnung hat durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr zu erfolgen. (Beilage)

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Frau Braunsberger bitte.

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:
Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, wertes Präsidium. Grundsätzlich ist ja die Geschäftsordnung des Gemeinderates nur an die geänderten Statuten ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wir sind noch nicht beim Gemeinderat.

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:
Dann warte ich noch.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Bitte. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? 6 ÖVP. Danke, der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich komme zu Punkt 6), Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr und seiner Ausschüsse. Jetzt sind wir beim Gemeinderat und bei den Ausschüssen. Hier wurden ebenfalls, aufgrund des Landtagsbeschlusses, entsprechende Änderungen unseres Stadtstatutes notwendig. Dabei geht es z. B. um erweitertes Informationsrecht, wann Dringlichkeit gegeben ist oder, wie wir es gerade jetzt erlebt haben, über die „Aktuelle Stunde“. Die Geschäftsordnung für den Gemeinderat wurde im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Fraktionsvorsitzenden mit Schreiben vom 7. März 2005 mit dem Ersuchen übermittelt, diesen Entwurf vor Beschlussfassung einer Begutachtung zu unterziehen und allfällige Änderungs- und Ergänzungswünsche bis spätestens 28. März dem Magistrat der Stadt Steyr zukommen zu lassen. Es hat einen Wunsch gegeben und zwar einen Abänderungsvorschlag der ÖVP zum § 38 Abs. 7. Dieser Änderungswunsch wurde in diesem Antrag berücksichtigt. Ich bitte dieser neuen Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr und seinen Ausschüssen die Zustimmung zu erteilen.

6) Präs-105/98 Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr und seiner Ausschüsse (GOGR).

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für öffentliche Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 21. April 2005 wird die in der Anlage beigeschlossene Verordnung betreffend die Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr und seiner Ausschüsse (GOGR) genehmigt.

Die Kundmachung dieser Verordnung hat durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr zu erfolgen. (Beilage)

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Frau Braunsberger bitte.

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:
Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, wertes Präsidium. Die Geschäftsordnung des Gemeinderates ist eigentlich den Stadtstatuten in der Novelle angepasst worden und grundsätzlich ist ja schon die Novelle der Stadtstatuten eine Schwächung der Minderheitenfraktionen. Gerade was die

„Aktuelle Stunde“ anbelangt hat man vorher keine drei Tage Anmeldungsfrist gehabt. Da hat man wirklich die Stunde zur „Aktuellen Stunde“ machen können. Das wurde uns genommen. Auch die Fraktionsgröße ist begrenzt worden. Daher begrüßt die ÖVP-Fraktion grundsätzlich auch die Anpassung der Geschäftsordnung an die Stadtstatuten nicht. Was zu begrüßen ist, dass die Tagesordnungspunkte betreffend der Ausschüsse auch nun von wenigstens einem Mitglied verlangt werden kann. Das ist sicher ein Plus an Gestaltungsmöglichkeit der Minderheitenfraktionen, aber grundsätzlich wird sich die ÖVP-Fraktion der Stimme enthalten, nämlich deshalb, weil wir auch schon die Änderungen der Stadtstatuten nicht begrüßen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Vertreter der öffentlichen Medien. Dieser vorliegende Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Steyr und die dazugehörigen Ausschüsse, ist ja der eigentliche Schlusspunkt einer Statutenänderung die vom Land ausgegangen ist, uns vom Land zugeordnet wurde, um nicht zu sagen uns vom Land aufs Auge gedrückt worden ist. Das muss man hier einmal sehr deutlich feststellen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Alle jene, die der Einladung nachgekommen sind, und hier vor Ort sich auch bemüht haben Änderungswünsche einzubringen, die haben festgestellt, dass das eigentlich eine vergebliche Liebesmühe war. Es ist alles ganz anders gekommen, wie sich das so manche gewünscht haben. Es ist anders gekommen, wie es sich die SPÖ-Fraktion gewünscht hat, die entsprechende Stellungnahmen in schriftlicher Form abgegeben hat, und es ist auch anders gekommen wie es sich die anderen Fraktionen im Gemeinderat vorgestellt haben, nämlich die ÖVP, die Freiheitliche GR-Fraktion, die Grüne Alternative und auch das Liberale Forum, die in einer gemeinsamen Erklärung ebenfalls Änderungswünsche bekannt gegeben haben.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Zur Berichtigung: Bürgerforum Steyr!

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Frau Kollegin Frech, erlauben sie mir, dass wir das in der Funktionsperiode noch so belassen, das nächste Mal gibt es das eh nicht mehr.

Gelächter

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Das ist ein anderes Thema und steht auf einem anderen Blatt. Aber es ist tatsächlich so, ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Da redet der Richtige!

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
... wie meine Vorrednerin gesagt hat, dass eigentlich nur mehr übrig geblieben ist ein eher, ich sage es jetzt vorsichtig, minderheits unfreundliches Statut und die daraus resultierende Geschäftsordnung. Und zwar ist es ja tatsächlich so, und wir haben ja heute bereits einen Tagesordnungspunkt abgehandelt, dass es ja auf der einen Seite zwar recht gut und angenehm ist, wenn, der Herr Bürgermeister hat es ja auch begründet, die „Aktuelle Stunde“ am Beginn einer GR-Sitzung abgehalten wird. Aber bitte was bringt das tatsächlich auf der anderen Seite, und das hat der Kollege Payrleithner bereits richtigerweise zur Ausführung gebracht, wenn jemand der zukünftig eine aktuelle Situation im GR herbeiführen möchte, einen aktuellen Beitrag einbringen möchte im GR, das mindestens drei Tage vorher tun muss, dann nicht einmal weiß, ob er tatsächlich mit seinem Thema zu Wort kommt und daher natürlich die Mehrheitsfraktion in der sehr angenehmen Position ist zu wissen wer dort zu welchem Thema sprechen wird. Vor allen Dingen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, wird es ab 2009, nach der nächsten Wahl, besonders schwierig werden für Vertreter eine wahlwerbenden Gruppe oder einer Partei, die als Einzelmandatar künftighin hier im Gemeinderat vertreten sein werden, denn deren Arbeit wird besonders schwierig sein, weil ja bekanntlich die

Fraktionsanerkennung dann, es kann durchaus, Kollege Kupfer, auch die FPÖ treffen, durchaus, mich wird es nicht mehr treffen, aber es könnte sein.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Sie kennen diese Situation von früher.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Ja, ich habe es auch miterlebt, es wird natürlich auch besonders schwierig sein, wie gesagt, für jene, die als Einzelpersonen dann eine wahlwerbende Gruppe oder eine Partei vertreten, weil ja die Fraktionsanerkennung in Zukunft nur mehr mit zwei Mandataren möglich sein wird. Da muss ich aber schon ein bisschen einen Seitenhieb auf meinen Kollegen, Fraktionsobmann der SPÖ, machen, da steht es ja anders drinnen, man hätte da überhaupt also die Regelung getroffen, vonseiten der SPÖ-Fraktion, mit drei Mandataren erst einen Fraktionsstatus zu erhalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren „Lange Rede, kurzer Sinn“. Wir wissen, wenn wir jetzt dem Antrag die Zustimmung nicht geben werden, dass sich daran nichts ändert, weil ja ein Großteil dieser Statuten bereits seit 1. März in Kraft ist und die heute zu beschließende Geschäftsordnung ja nur ein ausführlicher Teil davon ist. Also, es wird sich nichts daran ändern, wenn auch der gesamte Gemeinderat die Auffassung vertreten würde diese Geschäftsordnung nicht zu beschließen. Wir wollen aber ein Zeichen setzen und werden daher diesem Antrag die Zustimmung nicht geben. Ich danke ihnen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Nächste zu Wort gemeldet ist die Kollegin Frech. Bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ein neues Stadtstatut und dann in weiterer Folge eine neue Geschäftsordnung des Gemeinderates sollte man meinen, sollte zu mehr Demokratie führen. In diesem Fall ist eines passiert, es kommt zu weniger Demokratie und es sind eigentlich eine Reihe von Absurditäten drinnen verpackt. Die eine Absurdität ist die mit dem Dringlichkeitsantrag, weil wenn etwas dringend ist, dann ist es im Regelfall dringlich und sollte schnell passieren und nicht, dass ich vorher einen Antrag einbringen muss, spätestens 24 Stunden vorher beim Bürgermeister, wo ich die Dringlichkeit deponiere. Was ist, wenn etwas über Nacht passiert? Dann kann ich nicht einmal mehr einen Antrag in einer GR-Sitzung behandeln.
„Aktuelle Stunde“ – genau dasselbe. „Aktuell“ heißt eigentlich, dass etwas aktuell ist. Jetzt muss ich es drei Tage vorher beim Bürgermeister deponieren, dass ich eine „Aktuelle Stunde“ machen möchte. Bis dato konnten wir sie spontan machen und das war ein wichtiger Punkt, weil manchmal haben sich aus der GR-Sitzung selbst heraus Themen herauskristallisiert, die man dann am Ende im Rahmen der „Aktuellen Stunde“ diskutiert hat, oder weil der Vorsitzende gemeint hat, das passt jetzt nicht zu dem einen oder andern Antrag. Jetzt, wie gesagt, drei Tage vorher muss das Thema beim Bürgermeister eingelangt sein. Völlig absurd wird es dann, wenn der Bürgermeister, sollte er mehrere Themen für eine „Aktuelle Stunde“ vorfinden, entscheiden kann, welche dieser beiden aktuellen Themen er heranzieht. Er darf nämlich nicht einmal zwei aktuelle Themen behandeln. Ja was ist aber bitte einmal, wenn es zwei Themen für die „Aktuelle Stunde“ gibt? Das ist nicht mehr vorgesehen. Der Bürgermeister entscheidet dann, welche der beiden Themen er nimmt. Und zwar, laut dieser Verordnung, soll dann auf eine Ausgewogenheit der Fraktionen wert gelegt werden. Es geht aber, denke ich mir, um die Themen und die sollten im Vordergrund stehen.
Ja, und wenn der Herr Vizebürgermeister Bremm meint, es ist ihm schon bedenklich, wie kurz die Sitzungen geworden sind. Na ja, sie werden noch kürzer werden, weil die Redezeit in der „Aktuellen Stunde“ ist jetzt auch auf 10 Minuten pro Fraktionsvorsitzenden beschränkt. Heute hat noch keiner mitgestoppt.

STADTRAT WALTER OPPL:
Wie viele Themen haben wir denn in der letzten Zeit gehabt?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Das habe ich nicht mitgezählt. Aber trotzdem, etwas gleich zu beschränken heißt etwas zu verunmöglichen.
Dass gerade die Chance nicht genutzt wurde etwas Neues einzuführen, finde ich ganz besonders schlimm, nämlich z. B. eine Bürgerfragestunden, was selbstverständlich sein sollte, dass auch der einfache Bürger die Möglichkeit hat Fragen an die Mitglieder des Gemeinderates bzw. an

verantwortliche politische Referenten, an den Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadtrat zu stellen, dass man am Ende einer GR-Sitzung eine Bürgerfragestunde abhält. Das wäre ein Zeichen der Demokratisierung gewesen, gibt es natürlich auch nicht. D. h., insgesamt ist das Ganze ein ziemlicher Rückschritt. Es gibt ein paar kleine Verbesserungen, das ist schon klar, aber das, was eigentlich die wesentlichen Instrumente der Opposition sind, die hat man stark beschnitten, um seine Mehrheit anscheinend ausbauen zu können. Ja, ich werde sicherlich dem Antrag da auch nicht die Zustimmung geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Apfelthaler. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren im Gemeinderat, vielleicht am Anfang gleich eine Berichtigung, also was ich weiß, kann der Bürgermeister durchaus mehrere Punkte im Allfälligen bearbeiten, wenn es sich zeitlich ausgeht. Ich glaube die Redezeit ist beschränkt und die Dauer. Ich verstehe natürlich die Einsprüche die es da gibt. Ich muss gleich vorweg sagen, ich finde mich da nicht in diesem Papier wieder und wir haben gemeinsam versucht, ÖVP, Grüne und Bürgerforum, hier einen Antrag oder hier unseren Beitrag auf Landesebene zu bringen. Was jetzt die Minderheitenrechte anbelangt, da darf ich ein bisschen aus der Schule plaudern, weil das war nicht die Idee der Steyrer, das war im Grunde genommen die Idee der Linzer. Wie wir wissen, sind die Linzer sehr sozialdemokratisch unterwegs und die haben das vehement gefordert. Dass es aber in dieser Ausprägung kommt, das haben wir ehrlich gesagt nicht vermutet. Man muss sich einmal vorstellen, selbst in den Ausschüssen hat eine Minderheitsfraktion nicht einmal mehr ein Rederecht. Die oder der darf dann dort still sitzen, wenn es ihn überhaupt noch freut, und ob das demokratisch ist, also das ist mir wirklich ein Rätsel. Summa summarum, wie meine Vorrednerin gesagt hat, es gibt ein paar Verbesserungen, demokratiepolitisch sind viele Verschlechterungen drinnen. Und weil wir bei dem Thema Minderheitenfraktion sind und weil der Kollege Eichhübl da gesagt hat, das Bürgerforum gibt es nächstes Jahr auch nicht mehr oder nächstes Jahr schon noch, aber bei der nächsten Wahl nicht mehr, das kann im Grunde genommen theoretisch jeden von uns hier herinnen treffen, ich will mich nicht sonderlich auf bestimmte Parteien kaprizieren und dann haben wir es. Dann werden wir vielleicht wieder evaluieren und vielleicht können wir dann wieder ein neues Statut begrüßen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wünscht dazu noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich war zufällig bei einer dieser Vorbesprechungen in Linz dabei.
Zwischenruf: Zufällig!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja, ich war eingeladen. Ich kann nur die Stimmung in etwa so wiedergeben, die Städte Linz, Wels und Steyr haben sich da sehr kräftig zu Wort gemeldet mit ihren Wünschen, nur die Städte sind nicht erhört worden. Es ist so gewesen, dass eigentlich die ÖVP und die Grünen gemeinsam dieses neue Gesetz unterstützt haben. Ich kann mich noch ganz genau erinnern, der Herr Trübswasser hat diese Vorgangsweise auch sehr deutlich mit seinen Worten unterstützt. Es war wirklich so, dass wir drei Bürgermeister, der Herr Dobusch, Koits und ich, so das Gefühl hatten, wie wir rausgegangen sind, so quasi, wir wären dort unerwünscht oder wir haben da drinnen nichts zu tun, weil sie machen eh was sie selbst tun wollen..

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir haben unsere Wünsche dort vorgebracht, aber sie sind wirklich nicht berücksichtigt worden.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Also stimmt ihr jetzt auch dagegen? Super!

Gelächter

Ordnungsruf

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wenn ihr euch über dieses Thema beschwert, dass da irgendwelche Bestimmungen drinnen sind die demokratiepolitisch nicht in Ordnung sind, muss man sagen, es ist rein von der ÖVP und den Grünen befürwortet worden, dass diese Regelung so jetzt kommen ...

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Nein, nein, ihr habt auf Landesebene zugestimmt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja, das haben wir auch. Es hat auch Vorschläge der SPÖ gegeben.

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Auch die ÖVP hat zugestimmt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Okay, ich bitte um Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Herr Präsidialdirektor.

MD-STV. PRÄSIDIALDIREKTOR DR. GERHARD ALPHASAMER:
Zu diesem Beschluss ist eine 2/3 Mehrheit notwendig. Darauf möchte ich hinweisen.

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ja, abstimmen müssen wir. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ. Wer ist dagegen? FPÖ, ÖVP, Grüne, Bürgerforum. Wer enthält sich der Stimme? 1 ÖVP (GR Lengauer).

MD-STV. PRÄSIDIALDIREKTOR DR. GERHARD ALPHASAMER:
2/3 wären 23 1/3 gewesen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Der Antrag ist nicht angenommen worden. Er ist laut Statut eigentlich abgelehnt worden.

MD-STV. PRÄSIDIALDIREKTOR DR. GERHARD ALPHASAMER:
Er kann bei der nächsten GR-Sitzung wieder auf die Tagesordnung kommen und dann genügt eine einfache Mehrheit.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Heute ist er auf jeden Fall abgelehnt worden.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich komme zu meinem nächsten Punkt, Flächenwidmungsplanänderung Nr. 2, Johann und Maria Mayr, Feldstraße. Ich bitte diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

7) BauGru-20/02 Flächenwidmungsplan Nr. 2; Johann und Maria Mayr; Änderung Nr. 7; Feldstraße.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gegenständliche Flächenwidmungsplanänderung Nr. 2.7 – Johann und Maria Mayr – wird entsprechend den Plänen der Fachabteilung Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 3. 11. 2004 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der Fachabteilung Baurechtsangelegenheiten vom 15. 3. 2005 gemäß §§ 33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 114/1993 idgF., beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist gegen den Antrag? Wer übt Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Im nächsten Punkt geht es um die Flächenwidmungsplanänderung Nr. 17, Blumauergasse. Auch hier wurde dieser Antrag von der FA für Stadtentwicklung und Stadtplanung geprüft. Es geht hier um eine Bereinigung eines Konfliktgebietes, um einen Umwidmungsbereich von ca. 6.000 m². Ich bitte auch diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

8) BauGru-31/04 Flächenwidmungsplan Nr. 2; Änderung Nr. 17; Blumauergasse.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gegenständliche Flächenwidmungsplanänderung Nr. 17 – Blumauergasse – wird entsprechend den Plänen der Fachabteilung Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 12. 7. 2004 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der Fachabteilung Baurechtsangelegenheiten vom 17. 2. 2005 gemäß §§ 33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 114/1993 idgF., beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren, ich muss Sie, Herr Bürgermeister, korrigieren. Es geht nicht darum, dass man eine Konfliktsituation bereinigt, man schafft eine neue und viel größere Konfliktsituation. Ein Näherrücken einer Wohnverbauung an ein Betriebsbaugebiet wie es jetzt vorgenommen wird, bringt ein zusätzliches Konfliktpotenzial und es gibt auch Verfassungsgerichtshoferkenntnisse die dem klar entgegensprechen. Es ist nämlich nicht nur umgekehrt der Fall, dass ein Bewohner das Recht auf Schutz hat, sondern genauso auch ein Betrieb hat das Recht darauf, dass seine derzeitige Widmung und seine zukünftigen Entwicklungen in einen gewidmeten Baugebiet in dem Ausmaß erhalten bleiben. Wenn ich mit der Wohnbebauung näher rücke, wie es hier vorgesehen ist, dann ist es eine Verschlechterung der Situation, eine Einschränkung seiner Rechte und führt auch zu einer Verringerung des Wertes der Liegenschaft. Außerdem wurde der direkt danebenliegende Betrieb Doleschal nicht eingeladen zu einer Stellungnahme und auch das ist vom Verfassungsgerichtshof vom 1. 12. 2000 klargelegt worden, dass Betriebe, die nicht nur direkt angrenzen, sondern von denen Emissionen ausgehen, genauso für eine Stellungnahme herangezogen werden müssen. D. h., gerade hier, wo sie westlich davon gelegen sind, wo also die Winde so sind, dass die Emissionen dieses Betriebes auf die zukünftige Wohnbebauung hingehen, sind die Einwendungen zu berücksichtigen. Der Betrieb kann auch dann einwenden, dass sie durch heranrückende Bebauung von Wohnbauten beeinträchtigt ist, wenn bereits in geringerer Entfernung zur Betriebsanlage Wohnbauten bestehen. Es ist nämlich in jedem Einzelfall zu prüfen, wie sich die Emissionen eines Betriebes auf das geplante Bauvorhaben auswirken. D. h., ich warne ausdrücklich davon, dass man hier diese Umwidmung vornimmt. Wenn es vorgenommen wird, muss auf jeden Fall berücksichtigt werden, dass die Ergreifung von Schallschutzmaßnahmen durch die Bauträger der heranrückenden Wohnobjekte zu fordern ist. Z. B. keine offenen Fenster, Zwangsbelüftung, Schallschutzfenster, Lärmschutzwände usw., damit nicht diesen Betrieben zusätzliche Kosten und Beeinträchtigungen entstehen. Ich glaube, dass man hier ein Problem unterschätzt, was in anderen Orten schon zu gewaltigen Konflikten geführt hat. Ich ersuche wirklich, das zu unterlassen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Mayrhofer, mir ist klar, dass sowohl der Herr Gottfried Ennsthaler als auch die Wirtschaftskammer Oberösterreich, die Bezirksstelle Steyr, einen Einwand gegen diese Widmungsänderung vorgebracht hat. Aber im Zuge der Nacherhebung durch die FA für Stadtentwicklung und Stadtplanung wurde eindeutig festgestellt, dass diese Umwidmung als zulässig erscheint. Ich bitte auch deshalb ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Das ist keine schriftliche Aussage.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
So ist es in dem Antrag erläutert und es geht eindeutig auch aus dem Antrag hervor, dass die Flächenwidmungsplanänderung eine Bereinigung der Widmungskonflikte zwischen B und M/W in innerstädtischen Lagen entspricht. D. h., es ist tatsächlich eine Verbesserung in diesem Bereich. Sie kennen die Situation in diesem Bereich sehr genau, es sind rundherum Wohngebiete und langfristig soll natürlich getrachtet werden, dass dort nur mehr Wohngebiete sind. Aber das ist halt nicht möglich aufgrund der jetzigen gesetzlichen Lage. Ich bitte um Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ und 1 Grüne (GR Kupfer). Ist jemand dagegen? ÖVP. Stimmenthaltung? 4 (1 Grüne – GR Fanta, 2 FPÖ – GR Eichhübl, GR Payrleithner, 1 Bürgerforum). GR Apfelthaler war bei der Abstimmung nicht anwesend. Danke, der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bei meinem nächsten Antrag geht es um eine Resolution für besser Bus- und Bahnverbindungen in Österreich. Es ist ein Antrag des Bürgerforums Steyr an den Gemeinderat. Die Unterlagen sind dem Antrag beigeschlossen und ich bitte um Diskussion zu diesem Punkt.

9) Präs-284/05 Antrag des Bürgerforums Steyr betr. Resolution für bessere Bus- und Bahnverbindungen in Österreich.

Antrag
des Bürgerforums Steyr
an den Gemeinderat

Der Gemeinderat möge die beiliegende Resolution zur Erstellung eines Gesamtkonzeptes für bessere Bus- und Bahnverbindungen in Österreich beschließen. (Beilage)

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Frau GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, ja, ich bedanke mich beim Herrn Bürgermeister dafür, dass er diese Resolution auf die Tagesordnung der Sitzung gesetzt hat, gehe davon auch aus, dass es ein gemeinsames Anliegen des Steyrer Gemeinderates sein sollte, dass wir eine bessere Bus- und Bahnverbindung in Österreich haben. Gerade wir in Steyr leiden ja sehr massiv darunter, dass wir sowohl was den Autobahnanschluss anbelangt als auch was die Verbindungen an den Zentralraum mit öffentlichen Verkehrsmitteln anbelangt ziemlich ins Hintertreffen gelangt sind. Ich weiß natürlich, dass eine Resolution nicht die Welt verändert, aber ich gehe davon aus, wenn sich möglichst viele Gemeinden dieser Resolution anschließen, dann wird das auch eine Wirkung haben. Es geht darum, dass das eine inhaltlich gleiche Resolution ist die vom Verkehrclub Österreich ausgeht und der sogenannten Öffensive für Bus und Bahn 2020, wo es einfach darum geht, dass für Österreich ein Gesamtverkehrskonzept entwickelt wird, das für bessere Bus- und Bahnverbindungen sorgt, vor allem die Abstimmung von Fahrplänen, die Verbesserung von Anschlüssen usw. und so fort. In der Schweiz beispielsweise, die da durchaus als Vorbild dienen mag, hat man es in den letzten Jahren erreicht, dass mehr Pendler auf den öffentlichen Verkehr umsteigen. In Österreich ist leider das Gegenteil passiert. Allein in Oberösterreich sind seit 1991, und das muss man sich einmal vorstellen, 1991 sind 16 % der Pendler noch mit öffentlichen Verkehrsmitteln gefahren. Inzwischen sind es nur mehr 11 % und das innerhalb von wenigen Jahren.

GEMEINDERAT KARL BAUMGARTNER:
Da hat es noch keine Flexibilisierung in dem Ausmaß der Arbeitszeit gegeben. Das muss man auch dazu sagen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Da haben sie schon Recht, aber was natürlich auch den Individualverkehr fördert, und ich erlebe das sehr häufig, weil ich viel mit dem öffentlichen Verkehrsmittel unterwegs bin. Früher konnte ich, 1991, von Steyr nach Linz in 37 Minuten mit dem Eilzug fahren. Inzwischen brauche ich ungefähr eine

Stunden. Etwas, was mir früher nie passiert ist, egal ob ich nach Wien, Salzburg oder Linz gefahren bin, ich muss immer in Valentin warten, oder sehr häufig in Valentin warten und zwar 20, mitunter auch 30 Minuten und man hat die Fahrgäste zu Wartenden gemacht. Ich würde also den geschätzten Gemeinderat bitten, dieser Resolution die Zustimmung zu geben. Bis dato haben sich dieser Resolution mehr als 120 Gemeinden in Österreich angeschlossen. Unter anderem Salzburg, Wien, Klagenfurt, aber auch kleinere Städte wie Braunau usw. Das lässt sich alles auf der Homepage des VCÖ nachlesen.

Ja, ich würde sie bitten dieser Resolution die Zustimmung zu geben, damit es hier wirklich zu einer Verbesserung des öffentlichen Verkehrs kommt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Herr GR Hackl.

GEMEINDERAT GERALD HACKL:
Geschätztes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, die Resolution des Verkehrsclub Österreichs für ein Gesamtkonzept für bessere Bus- und Bahnverbindungen, und das ist es ja im Endeffekt was uns hier da vorliegt, ist natürlich löblich, weil sie die Forderung enthält die sinnvoll ist und speziell wenn man den beachtlichen Teil jener Menschen betrachtet in Österreich, die wenig bis gar nicht mobil sind und das sind vor allem ältere Menschen. Wenn der Gemeinderat der Stadt Steyr diese Resolution unterstützt oder unterstützen würde, machen wir daher sicherlich keinen Fehler, sondern treten für eine gute Sache ein. Offen bleibt allerdings dabei die Frage nach der Sinnhaftigkeit. Da muss man sich schon anschauen, wie die Mitglieder der österreichischen Bundesregierung, die derzeitigen, bzw. die von ihnen bestellten Manager, generell mit Resolutionen umgehen, welchen Stellenwert sie ihnen beimessen. Als Steyrer müssen wir da leider feststellen, dass unsere Resolutionen diesen Herren und Damen von „Schwarz, Blau, Orange“ überhaupt keine Wirkung erzielen, ja ich würde sogar sagen sie sind ihnen völlig egal und maximal ein paar belanglose, nichtssagende Antwortzeilen aus den Vorzimmern der Ministerien wert. Jüngstes, ganz aktuelles Beispiel dafür ist die Polizeihundestaffel am Wieserfeld, wo trotz massivem politischen Protest und Resolutionen bzw. auch Sitzungsprotokolle an den Minister Prokopp überhaupt kein Umdenken erfolgt ist, ganz im Gegenteil. Ich erinnere aber auch an die hier im Gemeinderat einstimmig verabschiedete Resolution an die Post AG gegen die Schließung des Postamtes Wiederfeldplatz, wir haben das ja heute eh in der „Aktuellen Stunde“ gehört.

Zwischenrufe: Das war nicht einstimmig!

GEMEINDERAT GERALD HACKL:
Oder fast einstimmig, aber eine klare Willenskundgebung. Die nicht mitbeschlossen haben, haben sich ein gutes Zeugnis ausgestellt.

Also, achtlos wurde es vom Tisch gewischt. Und weil die jetzt vorliegende Resolution an den Verkehrsminister Gorbach gerichtet ist, möchte ich schon ein bisschen in Erinnerung rufen, was der Herr Minister aus dem Ländle erst vor wenigen Wochen sinngemäß auf eine Anfrage im Parlament geantwortet hat, in der die Grün-Abgeordnete Gabriele Moser wissen wollte, warum denn die Zugverbindungen, und die Kollegin Frech hat ja das auch in den Medien gespielt, von und nach Steyr noch schlechter geworden sind als sie schon gewesen sind. Und weiß noch irgendjemand hier im Saal was der Minister Gorbach, der Verkehrsminister, darauf geantwortet hat? Er hat sinngemäß gesagt und im Parlament erklärt, dass er für die Zugverbindungen nicht zuständig ist und sich die Frau Abgeordnete Moser beim ÖBB Management beschweren soll, also beim Salzamt. Das sagt der Verkehrsminister von Österreich. Er ist nicht zuständig für die Zugverbindung in seinem Land und in unserem Land. Also, das muss man sich schon einmal auf der Zunge zergehen lassen. Genau diesem Minister wollen wir heute diese Resolution übermitteln. Glaubt wirklich jemand in diesem Saal, dass dieser Minister diese Resolution überhaupt lesen wird geschweige denn sich darüber Gedanken macht?

Aus diesen Überlegungen heraus, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ist die Unterstützung dieser VCÖ-Resolution für mich wirklich in die Kategorie Leerkilometer einzureihen und ich meine, diese Leerkilometer sollten wir uns alle ersparen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Der Kollege Kupfer hat sich zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Liebe Kolleginnen und Kollegen, dasselbe hätten wir eigentlich bei der Post auch sagen können. Das hätten wir uns auch ersparen können. Aber diese Resolution, die wir an die Post gestellt haben, das war uns auch klar, dass die nicht der Generaldirektor lesen wird, dass sie nicht der Minister lesen wird. Aber die Bedeutung der Resolution war ja doch diese, Herr Bürgermeister, Frau Vizebürgermeisterin und Herr Vizebürgermeister, dass sich wir als Gemeinderat in der Öffentlichkeit, aber auch bei den Verhandlungen, auf diese Resolution berufen haben können und auch wenn es nur eine zeitliche Verzögerung für diese Schließung gegeben hat, war es zumindest ein Signal der Stadt Steyr, dass man nicht so schnell aufgibt. Ich glaube auch, dass diese Resolution der Minister nur einmal lesen wird, oder vielleicht einmal gelesen hat, oder es ihm berichtet worden ist und nicht viel mehr. Aber ich glaube wir wären schlecht beraten, wenn wir als Stadt Steyr bei dieser Resolution, die ja an und für sich inhaltlich genau das beinhaltet, wo wir uns auch beim Generalverkehrskonzept der Stadt Steyr mit unserer Leitidee dahinter sozusagen auch verständigt haben. Das was da drinnen steht, das wollen wir auch in Steyr bei unserem neuen Verkehrskonzept haben. Wir wären schlecht beraten jetzt zu sagen, na ja, weil es nichts nützt und weil es der Minister nicht liest, machen wir da nicht mit. Aber wenn wir schon die Diskussion hier führen und wenn es um bessere Bahnverbindungen und einen verbesserten öffentlichen Verkehr in unserer Stadt geht, dann rufe ich schon alle hier im Gemeinderat auf, ganz aktiv diese Willensäußerung auch mit Vorschlägen beim Verkehrskonzept einzubringen. Weil da vermisse ich es doch sehr stark, dass diese Vorschläge kommen. Genau dieses Thema war bei der letzten Arbeitsgruppensitzung Thema, wo auch ein Vertreter der ÖBB da war und wo die unterschiedlichsten Konzepte und Studien abgestimmt wurden bzw. vorgestellt wurden. Da haben sich die Vorschläge der Mandatarinnen und Mandatare aus unserem Gemeinderat relativ in Grenzen gehalten

Zwischenruf von GR Roman Eichhübl: Sofern sie anwesend waren!

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Sofern sie anwesend waren. Aber auch wenn man nicht anwesend war, man kann Stellungnahmen abgeben, man kann sich dazu äußern. Es ist auch noch nicht aller Tage Abend. D. h., das Verkehrskonzept ist noch nicht beschlossen. Es gibt die Möglichkeit hier auch noch seine Willensäußerung bekannt zu geben und dass die Stadt Steyr wirklich sagt, wie sie konkret den öffentlichen Verkehr verbessern will. Denn eines wissen wir alle miteinander, glaube ich, die mit dem Zug speziell von Steyr nach Linz oder Wien oder in den Zentralraum fahren bzw. pendeln müssen, die Zugverbindungen von und nach Steyr sind schlechter geworden, der öffentliche Verkehr von und nach Steyr ist schlechter geworden. Die Stadt Steyr hat mit dem Bahnhofsparkdeck und mit der Busverkehrsdrehscheibe zwei Impulse gesetzt. Wenn man sich den Bahnhof dazwischen anschaut, da ist noch irgendetwas übrig, da muss noch was passieren. Auch wenn wir unsere Initiative „Stadtplatz im Aufbruch“ wirklich ernst nehmen, wo auch der Architekt Beneder ganz stark diesen Stadtteil mitüberlegt hat und dem Verkehrskonzept der Stadt Steyr eine große Bedeutung zugemessen hat, dann muss uns klar sein, die Verkehrsverbindungen mit der Bahn auf der Schiene von und nach Steyr müssen verbessert werden, da muss die Stadt aktiv werden und da können wir uns nicht im Verkehrskonzept auf ein paar kosmetische Maßnahmen wie ein paar Behübschungen zurückziehen, sondern da muss die Stadt Steyr ganz klipp und klar sagen, liebes Land OÖ, oder böses Land OÖ, wie auch immer, lieber Bund, ihr macht alle derzeit großartige Verkehrskonzepte. Das Land macht ein neues Verkehrskonzept und es gibt ein neues Bundesverkehrskonzept und es gibt ein bestehendes Verkehrskonzept, wo ganz klar drinnen steht, dass Schnellbahnverbindungen von Linz nach Steyr geschaffen werden müssen im Zeitraum von 2005 bis 2010. Das ist nicht passiert und da muss die Stadt Steyr jetzt sagen, wir wollen das haben. Und das möchte ich auch, und das richte ich an dich, lieber Walter Oppl, dass das im Verkehrskonzept drinnen ist.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wünscht noch jemand das Wort? Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, das Ganze hat ganz klar, wie die zwei Vorredner bewiesen haben, ein Für und Wider. Das Für ist, dass wir uns grundsätzlich natürlich absolut damit identifizieren können, vor allem was Steyr betrifft. Was mir weh tut ist, dass in dieser ganzen Resolution überhaupt kein Steyerbezug da ist. Der Steyrer Gemeinderat soll sich aber damit

beschäftigen und soll dem zustimmen. Das ist das, wo wir eigentlich vor einiger Zeit schon gesagt haben, das machen wir nicht. Hier geht es nicht darum, dass Bundespolitik betrieben wird, auch wenn sich der Bezirksgeschäftsführer der SPÖ dazu bemüßigt fühlt, sondern hier, in diesem Raum soll Politik für die Stadt Steyr betrieben werden. Ich würde wirklich anregen und wünschen, dass wir eine Resolution machen, die die Zugsanbindung und die öffentlichen Verkehrsmitteln von und nach Steyr betreffen. Dann garantiere ich, dass wir wahrscheinlich hier wirklich alle zustimmen. Dem glaube ich sollten wir aus Prinzip nicht zustimmen, weil wir sollten uns hier mit Sachen beschäftigen die einen Bezug, einen direkten Bezug zu Steyr haben. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Vizebürgermeister Bremm.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen, zum Thema öffentlicher Verkehr haben wir ja schon viele Stunden im Gemeinderat benützt um darüber zu diskutieren. Ich habe mir da auch herausgeben lassen, wie viele Resolutionen wir schon beschlossen haben, die in die ähnliche Richtung gehen. Mit einem großartigen Erfolg, dass die Verbindungen immer, aus der Sicht von Steyr – wie es auch der Kollege Mayrhofer schon gesagt hat - immer schlechter geworden sind. Mir widerstrebt es ein bisschen als Gemeinderat der Stadt Steyr Beschlüsse und meine Hand zu heben für Liebegeschichten. Ich glaube, dass es jeder ehrlich meint, dass uns der öffentliche Verkehr ein Anliegen ist, aber wir sehen halt, dass die Entwicklungen anders sind und dass wir nur Liebebeschlüsse fassen, ich glaube, zu dem sollte der Gemeinderat der Stadt Steyr sich nicht herunterbegeben, weil wir haben uns zu dem Thema eh schon dementsprechend oft genug geäußert. Ich möchte das auch noch bekräftigen, was der Kollege Mayrhofer gesagt hat. In diesem Antrag der uns vom VCÖ übermittelt wurde, bei aller Wertschätzung des VCÖ, wir kennen den, er hat uns auch schon oft beschäftigt mit Anbindung Steyr an die Westbahn, das auch sehr gespalten gesehen wurde. Die, die an der Westbahn wohnen möchten es nicht, die anderen, die nur hinfahren möchten es. Aber, dass wir da hier das in der Form beschließen sollen, eine Resolution, das sehe ich auch nicht unbedingt als die große Wirkung und aus diesem Grund sollte man das auch nicht in der Form machen. Ich glaube aber schon, bis auf die Kollegin Frech, für die schaut das ein bisschen anders aus, aber alle anderen Fraktionen die hier herinnen sitzen, haben auch Vertreter im Land, haben auch Vertreter im Bund und dort können wir auch unsere politischen Anliegen, unsere politischen Wünsche einbringen. Gerade von der „Grünen Seite“, ihr seid ja jetzt eh so stark in der Koalition, auch in Oberösterreich.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Nicht so stark wie der Verkehrslandesrat in OÖ.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Also, ihr könnt euch dort auch dementsprechend einbringen. Ich glaube, wenn es um ein Gesamtverkehrskonzept für Österreich geht, dann kann man das nicht auf diese Art beginnen, dass die kleinste Gemeinde mit Afisl, mit 200 Einwohner, über die größeren Städte Resolutionen machen, dass vielleicht in Österreich ein dementsprechend wirksames Verkehrskonzept zustande kommt. Das muss politisch auch transportiert werden. Die Möglichkeit haben wir auch. Für die Kollegin Frech würde ich auch vorschlagen, dass du deine Anliegen, die du hast, und du bist eh immer eine Kämpferin, auch im Ausschuss dementsprechend zu diskutieren und dass auch im Ausschuss dementsprechende Vorschläge aufbereitet werden, also würde ich vorschlagen, dass der Verkehrsausschuss, der das zuständige Gremium ist, dass dort auch Wünsche und Anliegen aus der Sicht von Steyr diskutiert werden und dass wir dann eine weitere Vorgangsweise festlegen.

Also, diese Resolution werden wir nicht unterstützen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Oppl.

STADTRAT WALTER OPPL:
Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, der Andreas Kupfer hat mich jetzt ein bisschen veranlasst, mich auch noch einmal in dieser Angelegenheit zu Wort zu melden. Ich möchte eigentlich ganz kurz auf das Verkehrskonzept eingehen. Ich denke mir wir befinden uns bei der Evaluierung und bei der Neuerstellung des Verkehrskonzeptes für die Stadt Steyr so quasi in der Zielgeraden. Wir haben ja, und der Kollege Kupfer hat es auch gesagt, auch in der vergangenen Arbeitsgruppensitzung speziell auch über das Modul des öffentlichen Verkehrs

beraten und diskutiert. Mein Ziel ist es, dass selbstverständlich, wie du es anregst, solche Forderungen natürlich im Verkehrskonzept der Stadt Steyr enthalten sein müssen, konkrete Forderungen, konkrete Schritte. Ich glaube, dass wir in der jetzigen Diskussion auch entsprechend weit vorangekommen sind. Nur du darfst es dir nicht von mir alleine wünschen, ich wünsche es mir von allen Beteiligten. Ziel muss es sein, dass wir gemeinsam, sicher bin ich der Vorsitzende dieser Arbeitsgruppe und Vorsitzender des Verkehrsausschusses und der stadträtliche Verkehrsreferent, das ist ganz klar, aber ich glaube wir sind alle miteinander bis jetzt ganz gut gefahren in der Art und Weise wie wir miteinander zusammenarbeiten, dass wir es ausdiskutieren, dass wir es rechtzeitig diskutieren, dass wir es auch in unseren Fraktionen diskutieren können und dass wir dann schlussendlich in einer gemeinsamen, abschließenden Besprechung auf einen gemeinsamen Nenner kommen, dass wir das dann auch wirklich nach außen hin gemeinsam, sowohl beim Land als auch beim Bund, vertreten können. Wir werden die nächste Arbeitsgruppensitzung bereits am 7. Juni haben, wo ganz konkrete Vorschläge auch von der TU Graz auf den Tisch gelegt werden und da werden nicht nur die Mitglieder der Arbeitsgruppe eingeladen, sondern sämtliche Mitglieder des Verkehrsausschusses. Der Termin ist so gewählt, dass wir noch rechtzeitig, vor unserer nächsten GR-Sitzung, sofern das funktioniert, auch in unseren Fraktionen das durchdiskutieren können, dass wir uns noch einmal zusammensetzen können und dass wir dann wirklich ein gemeinsames Paket schnüren können, was den öffentlichen Verkehr betrifft, was den ruhenden Verkehr betrifft, was den Individualverkehr betrifft, ect. Und das denke ich mir ist die effizienteste Vorgangsweise die wir nicht verlassen sollten und die wir gemeinsam auch beschreiten sollten. Daher glaube ich, dass auch das die richtige Vorgangsweise ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Nächster ist Kollege Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, mir rinnt es schon wieder kalt über den Rücken, ganz ehrlich gesagt, nicht weil der Kollege Oppl unrecht hat, nein, das nicht, aber wenn wir bedenken, dass unser altes Verkehrskonzept mindestens schon über 10 oder 12 Jahre her ist und was wir nämlich von dem Verkehrskonzept umgesetzt haben, das ist nämlich eine Frage.

STADTRAT WALTER OPPL:
Gar nicht so wenig!

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Was ich weiß, ist das damals ziemlich einstimmig beschlossen worden. D. h., im Grunde genommen hat jeder im Gemeinderat das Gefühl gehabt das, was da beschlossen worden ist, ist gut. Aber in der Umsetzung liegt ja an und für sich der Geck.

STADTRAT WALTER OPPL:
Das kommt natürlich schon darauf an, ...

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Ja, und da sind wir genau beim Thema. An und für sich ist ein Konzept kein Beruhigungspapier wo wir uns alle treuherzig dahinter versammeln, sondern eigentlich ein Aufregungspapier. Nämlich das was dort beschlossen wird sollte auch tunlichst zu 100 % umgesetzt werden, wenn es möglich ist. Eines darf es nicht sein, irgendein Beliebigkeitspapier das man irgendwie, irgendwann einmal phasenweise umsetzt. Und Beispiele haben wir ja davon genug gehabt. Also, wenn die sozialdemokratische Partei da herinnen das ablehnt, obwohl einen einfacheren Antrag gibt es ja gar nicht, dann sehe ich ehrlich gesagt schwarz in die Zukunft, weil wenn ich nicht einmal da herinnen mit einer Stimme spreche, dass wir mehr für den öffentlichen Verkehr tun, dann neues Verkehrskonzept gute Nacht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Oppl zum zweiten Mal.

STADTRAT WALTER OPPL:
Also, lieber Kurt, das war eine indirekte Unterstellung, dass wir das Verkehrskonzept erstellen und dann nehmen wir das Papier und schubladieren es. Auf das kommt es heraus. Dann sage ich dir in aller Deutlichkeit, um irgendeinen Exminister zu zitieren. Aber ich sage Deutlichkeit.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wir dürfen auch zitieren.

STADTRAT WALTER OPPL:
Ja, du kannst eh zitieren, aber eines ist für mich ganz klar. Ich bin seit zwei Jahren jetzt Referent. Ich nehme einmal die Kritik, die du zum Teil berechtigterweise, vorgebracht hast, nicht zur Kenntnis. Eines ist auch klar, und das wird dir auch der Andreas Kupfer bestätigen können, der in der Arbeitsgruppe drinnen sitzt, und du bist auch schon ein paar Mal vertretungsweise dabei gewesen, dass es nicht so ist. Und das möchte ich da nicht im Raum stehen lassen, dass von dem Verkehrskonzept Stickler ein Großteil nicht umgesetzt worden ist. Genau das Gegenteil ist der Fall. Was natürlich noch fehlt das sind tatsächlich die großen Brocken wie die Aufstiegshilfen ect. Aber da sind wir in den letzten Jahren auch auf unsere finanziellen Grenzen gestoßen. Eines möchte ich da in diesem Raum auch ganz klipp und klar sagen. Solange ich Verkehrsreferent bin, werde ich das Verkehrskonzept, sofern wir es beschließen, nicht schubladieren. Wer mich kennt, weiß was ich für eine Arbeitsweise habe. Ich werde das zielorientiert verfolgen, so wie bei den anderen Sachen auch, und schauen so viel als möglich gemeinsam umzusetzen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wünscht noch jemand das Wort? Frau Kollegin Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Ja, ich werde mitunter von Nicht-Steyrern gefragt, warum in Steyr die Verkehrsanbindung so schlecht ist. Das jetzt, was da herinnen an Wortmeldungen gefallen ist zum Teil, ist Teil einer Erklärung. Das ist ein Lehrbeispiel dafür, warum es so ist. Weil wenn nicht einmal der Steyrer Gemeinderat sich dazu entschließen kann bei einer Textur mitzumachen, wo es um nichts anderes geht als den Verkehrsminister aufzufordern für Österreich ein Gesamtkonzept für bessere Bus- und Bahnverbindungen zu erstellen, dann frage ich mich, was das Ganze wirklich soll. Wollen wir einen besseren öffentlichen Verkehr? Ja oder nein?

Das ist keine politische Resolution. Herr Kollege Mayrhofer, wenn du meinst wir waren uns einmal einig keine Bundesresolutionen zu machen. Das ist ja nicht eine Resolution die sich jetzt da herinnen eine politische Fraktion ausgedacht hat an den Bund, sondern da ist der Verkehrsclub Österreich, der unabhängig ist, der nicht politisch besetzt ist, startet eine österreichweite Kampagne, wofür man ihm dankbar sein müsste, bei der dieser Resolutionstext unterschrieben werden soll von Privatpersonen, von Pendlern, von Unternehmern, von politischen Fraktionen und eben auch von ganzen Städten. Je mehr das unterstützen, desto besser ist es. Natürlich hat eine ganze Stadt ein größeres Gewicht als 100 oder 200 Unterschriften von einfachen Bürgern. Ob einem das selbst so gefällt oder nicht. Die Stadt Steyr ist nicht in der Lage, diese 36 oder 35 Gemeinderäte heute hier herinnen diesen VCÖ bei dieser Kampagne zu unterstützen, wo vorher mir dann auch noch der Bezirksgeschäftsführer Hackl erklärt, ja inhaltlich passt das ja eh alles. Ja, wenn es inhaltlich passt, es uns nichts kostet, es tut nicht einmal weh, davon zu sprechen, dass es leere Kilometer sind, ein Fax an den VCÖ zu schicken. Wir tun nichts anderes, als die Tätigkeit des VCÖ hier zu unterstützen, wenn wir das beschließen. Umgekehrt müssen sie aber schon auch den Schluss zulassen, dass wir diese Kampagne eben nicht unterstützen. Ich persönlich tu mir hart zu erklären, warum wir das nicht tun. Noch dazu, wo wir in dieser prekären Verkehrssituation sind. Das verstehe ich wirklich nicht.

Die Geschichte wir sollten halt für Steyr eine Resolution machen. Gerne lieber Gunter, habe ich auch schon mitgemacht, mache ich jederzeit gerne mit. Nur ich als Steyrer möchte eben auch gerne vielleicht von einem Bundesland in das andere gelangen und vielleicht von dem einen Bundesland auch noch den Sprung ins Ausland schaffen. Dazu brauche ich aber ein Gesamtkonzept für ganz Österreich und nicht nur für Steyr. Das Detailkonzept für Steyr brauche ich ohnedies. Hier geht es um nicht anderes als darum, dass wir dafür sind, dass sich der Verkehrsclub Österreich einsetzt für eine Verbesserung des öffentlichen Verkehrsangebotes. Um nichts anderes geht es. Da geht es um nichts Politisches, was jetzt von einer Partei inszeniert worden ist, da sollen Privatpersonen unterschreiben. Wir unterstützen damit auch den Bürger. Im Endeffekt, wenn sie hier nicht mitstimmen, wenden sie sich auch gegen die Interessen der Pendler. Das muss ihnen auch klar sein, weil die hätten ganz gerne ihre Verbindungen. Die Gründe will ich ihnen jetzt gar nicht aufzählen, die stehen da alle in der Resolution drinnen. Eines wundert mich jetzt nicht mehr, und weil es geheißen hat, die Resolution liest sich eh keiner durch und hat keine Wirkung. Ich habe vor einigen Monaten ein Gespräche gehabt mit einem Vertreter der ÖBB. Und irgendwann einmal im Laufe dieses Gespräches ist das Gespräch ein bisschen persönlicher geworden und dann ist ihm ein Satz entrutscht, der wundert mich jetzt nicht mehr, weil jetzt kann ich ihn seit heute auch wirklich bestätigen, wo er gemeint hat, na ja, schauen sie, ihr in Steyr, da macht man es halt, weil da weiß man, da kommt nichts, da kommt kein

Widerstand.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Das ist ja ein Blödsinn!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ich kann nur das wiedergeben, was er gesagt hat. Es wundert mich ja nicht, es kommt ja nichts. Ich bin nicht so naiv zu glauben, dass man mit dieser Resolution die Welt verändert. Aber man unterstützt zumindest eine positive Kampagne des Verkehrsclubs. Und wenn sie nicht mitmachen, das ist auch ihre Entscheidung, unterstützen sie diese Kampagne eben nicht. Nur eines muss ich ihnen auch sagen, meine Damen und Herren, du hast es zuerst erwähnt Herr Kollege Bremm, ich wäre eine Kämpferin. Ja das bin ich, dazu bekenne ich mich. Nur wer kämpft kann verlieren, aber wer nicht kämpft der hat schon verloren.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich mir die letzten Wortmeldungen so auf der Zunge zergehen lasse, muss ich annehmen, wenn wir diese heutige Resolution beschließen, dann werden die Verbindungen der öffentlichen Verkehrsmittel wesentlich besser nach Steyr, und wenn wir sie nicht beschließen, dann haben wir das Chaos in Steyr. Also so ist es mit Sicherheit nicht, sondern wir machen sehr viel hier in Steyr. Es wird ein Verkehrskonzept erarbeitet, ich bin selbst im Gespräch mit dem LH-Stellvertreter Haider. Wir haben demnächst auch ein Gespräch bezüglich bessere Bahnverbindungen zwischen Linz und Steyr. Also es läuft einiges und ich bin überzeugt, dass die Verbindungen von Steyr in das übrige Gebiet in Zukunft wesentlich besser werden. Ich bitte jetzt um die Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wer dagegen ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. 21 SPÖ. Wer übt Stimmenthaltung? 10 (6 ÖVP, 2 FPÖ, 2 SPÖ – GR Freimund und GR Keiler). Wer ist dafür? 4 (Grüne und Bürgerforum). Die Resolution wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Ich danke dem Bürgermeister für seine Berichterstattung. Ich würde eine Pause von 15 Minuten vorschlagen.

PAUSE VON 15.43 UHR BIS 16.01 UHR

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir setzen die Sitzung fort. Nächste Berichterstatterin ist die Frau Vizebürgermeisterin Friederike Mach.

BE: VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Sehr geehrtes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, ich habe heute nur einen Antrag, aber der ist auch sehr wichtig, dass der GSS die Subvention bekommt. Es sind im Budget 96.000,-- Euro vorgesehen und ich ersuche um Zustimmung des Antrages.

10) SH-316/96 Gesundheits- und Sozialservice Steyr (GSS); Subventionsansuchen 2005.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 20. April 2005 wird dem Verein “Gesundheits- und Sozialservice Steyr“, vertreten durch den Vorstandsvorsitzenden, Herrn Dr. Michael Schodermayr, Harrerstraße 5, 4400 Steyr, eine einmalige, außerordentliche Subvention für das Jahr 2005 in Höhe von

€ 96.000,-- (Euro sechsundneunzigtausend)

gewährt.

Die hiefür erforderlichen Mittel werden bei der VSt. 1/429100/757100 freigegeben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es eine Wortmeldung? Herr Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:
Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Herrn Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates. Drei Bemerkungen bitte möchte ich machen. Und zwar drängt es mich einfach als Rechnungsprüfer des GSS diese drei Bemerkungen festzustellen. Zum 1. einmal muss ich feststellen, dass dort wirklich beste Arbeit geleistet wird, dass sparsamste Verwaltung geschieht, dass mit den Geldmitteln überaus verantwortungsvoll umgegangen wird. Als Unterpunkt auch noch möchte ich zur Erarbeitung des Sozialplanes gratulieren, der einfach in wunderbarer Weise gemacht worden ist.
Zweiter Punkt: Ich denke, man muss das dem Gemeinderat sagen. Dem GSS fehlen 10.000,-- Euro. Wenn wir jetzt nur bei den Personalkosten schauen. Und zwar jetzt nicht weil da die Leute irgendwas gemacht haben, sondern durch diese Umstellung in das BAGS, das ist diese Berufsvereinigung von Arbeitgeber für Gesundheits- und Sozialberufe, da gibt es diese Umstellung vom Land her, und da ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Aber das ist nicht Pflicht.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:
Na ja, man kann jetzt sagen verpflichtend oder nicht, aber es wird vom Land her empfohlen und es sind auch alle Gruppen, an die das GSS angeschlossen ist, in diese Finanzierungsgruppe hineingegangen, daher fehlt hier das Geld. Wir müssen einfach darauf hinweisen, wir müssen das irgendwann einmal zahlen. Ich denke, wir können unseren Angestellten dort einfach nicht dann sagen, wir können uns das nicht mehr leisten.

Der 3. Punkt ist, ich denke auch, ich verlange natürlich wieder mehr Geld, dass von den Personaleinheiten im GSS was notwendig wäre. Wenn man überlegt, dass doch ein großer Teil der Seniorenbetreuung vom Sozialamt zum GSS gekommen ist, dann glaube ich, dass hier schon die Damen, die dort Arbeiten, von der Arbeit her, fast überbelastet sind. Ich möchte das jetzt nicht als Kritik sagen, sondern einfach als Hinweis an den hohen Gemeinderat, dass man das nicht übersehen darf und dass man darauf achten sollte. Ich möchte einen Satz noch sagen, den ich heute schon einmal gehört habe. Es gibt auch andere Werte als die materiellen. Ich glaube, das muss man auch beim GSS sagen. Wir müssen diese Werte, die das GSS verwirklicht, einfach sehen und dann müssen wir halt auch zum Materiellen greifen. Ich könnte jetzt in die Spur des Kollegen Hackl gehen, möchte es aber nicht tun, sondern sage nur plakativ: „Lassen wir das eigene Kind nicht verhungern."

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, die Sprachspuren. Mich freut es ja irgendwie, dass unser Kollege Lengauer so mit der gegebenen Lautstärke hier versucht einige taube Ohren zu öffnen. Ich danke ihm dafür. Vor allen Dingen freut es mich auch, dass das einmal nicht von unserer Fraktion kommt, sondern von der ÖVP. Das ist irgendwie ein Genuss für sich selbst. Danke schön.

Wo wir gerade bei den Sprachspuren sind. Es gibt ja Pfadfinder und manche die sich irgendwie immer verirren und manche, die überhaupt keinen Weg suchen. Ich möchte auf was hinweisen, auch in meiner Funktion als Obmann des Kontrollausschusses. Seit 1999 haben wir die Sozialberatungsstelle im GSS. Die Stadt Steyr bekommt vom Land OÖ diese Sozialberatungsstelle sozusagen bezahlt. Wir bekommen, um das mundartlich auszudrücken, keinen Tupf mehr dafür, dass wir diese Leistung vollbringen und wir haben nicht einmal einen Vertrag mit der Stadt. Das ist nämlich interessant, dass nämlich die Stadt Steyr für etwas kassiert, dass sie gar nicht selbst ausübt und dass einer Institution, einer ursprünglich Grünen Maßnahme für diese Stadt, ja, war eh schwer zu „daheben", Gott sei Dank ist etwas daraus geworden, danke schön auch allen,
die da mitgearbeitet haben. Aber eines darf nicht sein. Eines darf wirklich nicht sein, dass wir uns seit 6 Jahren bemühen, ob beim Budget oder in interfraktionären Gesprächen oder irgendwo am Gang, wo wir darauf hinweisen, Freunde, ihr kassiert für was und ihr habt nicht einmal noch eine schriftliche Unterlage, dass wir das tun dürfen bzw. vielleicht ein Dankeschön oder so, wäre nicht schlecht, und das werden wir jetzt einmal vertraglich regeln, damit ihr das tut. Das ist schon irgendwie ein bisschen

seltsam. Oder? Bei jeglichem anderen, ob wir jetzt einen Rauchfang aufziehen oder eine Dachröhre verändern oder so, gibt es eine Amtsvorlage wo drinnen steht das darf ich oder das darf ich nicht. Nur beim GSS, liebe soziale Musterstadt Steyr, haben wir seit 6 Jahren keinen Vertrag und das finde ich lächerlich warum man das nicht tut. Das verstehe ich nicht. Der Kollege Lengauer hat auch schon darauf hingewiesen, dass wir mit den alten Zahlen operieren. Wir dürfen zwar wursteln und wursteln und wursteln und arbeiten und arbeiten und alles ist so super und es ist einer der hervorragendsten Sprengeleinrichtungen die es gibt im Lande OÖ. Super! Aber deswegen bekommen wir keinen Tupf Kohle mehr. Das ist eigentlich eine Schande, muss ich sagen. Ich würde ja vorschlagen, return to Sender. Da möchte ich es mir einmal anschauen, wenn dann das GSS sagt, so, jetzt haben wir 6 Jahre auf einen Vertrag gewartet, 6 Jahre sinnloses Reden, kein Gehör gefunden, macht es euch bitte selbst. Macht das, wie ihr es Jahrzehnte vorher auch gemacht habt, weil im luftleeren Raum zu agieren ist eigentlich keine Art. Oder? Danke schön.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es noch eine Wortmeldung? Herr Hack bitte.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:
Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Zu der ganzen Geschichte fällt mir eine Frage ein. So wie der Kollege Apfelthaler sagt, seit 1999 gibt es anscheinend das GSS, macht offensichtlich die Arbeiten sehr gut, aber anscheinend die Arbeiten die ja bis zu diesem Zeitpunkt damals das Sozialamt durchgeführt hat. Irgendwie stellt sich mir dann die Frage: „Sind im entsprechenden Ausmaß die Tätigkeiten und die Kosten damit auch im Sozialamt zurückgegangen, weil ja jetzt das GSS offensichtlich diese Tätigkeiten, oder Teile dieser Tätigkeiten, hier sehr gut macht?“ Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Gemeinderat Schodermayr bitte.

GEMEINDERAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:
Geschätztes Präsidium, sehr verehrte Damen und Herren des Gemeinderates und Stadtsenates. Ich muss jetzt irgendwie einen Spagat schaffen. Ich weiß nicht, ob ich den schaffe, einerseits als Vorsitzender des GSS andererseits als gemeinderätlicher Mandatar der Sozialdemokratischen Fraktion. Zum 1. mag ich den Vorrednern wirklich danken, besonders dem Dir. Lengauer für das durchaus große Lob das er uns ausgesprochen hat. Ich wollte eigentlich meine Wortmeldung unter das Fleischhackermotto „Darf es ein bisschen mehr sein?“ stellen, eben was die Mittel anbelangt. Ich möchte nur kurz sagen, was wir dort machen. Der Tätigkeitsbereich umfasst nicht nur die Sozialberatungsstelle die vom SAG gefordert ist und vorgeschrieben ist und die die Stadt Steyr auch zu erfüllen hat, sondern hat zwei weitere Schwerpunkte in der Arbeit die hier auch beschlossen wurde und mit denen der GSS auch beauftragt wurde, nämlich die Vernetzungsarbeit die in einem hohen Ausmaß passiert, allerdings sehr wenig gesehen wird und auch nicht wirklich sofort greifbar im Effekt ist. Der GSS Steyr ist tätig im Rahmen der Sozialplattform, im Rahmen des Armutsnetzwerkes OÖ, im Rahmen der Wohnungssicherung des Landes OÖ, im Rahmen der Suchtprävention auch auf Landesebene. Ich könnte jetzt noch ein paar Dinge aufzählen. D. h., wir sind vernetzt und werden immer mehr und immer intensiver als Berater geholt. D. h., das Ansehen ist sehr groß, was die Fachlichkeit anbelangt. Außerdem, das ist schon erwähnt worden, haben wir den Auftrag, und tun das auch, entwickeln wir den Sozialplan. Ich möchte nur eine Zahl bringen, die ein bisschen veranschaulicht, wir arbeiten wirklich mit Zahlen, und zwar mit Bedarfszahlen, aus dem Jahr 1995. Dort haben wir nämlich das Konzept für diesen GSS entwickelt. Damals haben wir 60 Arbeitsstunden und 1,2 Millionen Schilling veranschlagt. Wir liegen heute bei einem Budget von, jetzt wieder bewilligten 96.000,-- Euro, also 1,32 Mio. Schilling. Zwar etwas drüber aber nicht sehr viel mehr. Der Arbeitsanfall, der passiert ist, ist aber ein vielfacher dessen was wir veranschlagt haben. D. h., wir haben uns von einer externen Beraterfirma, die andere Sozialberatungsstellen evaluiert hat, einmal eine Latte legen lassen. Die Latte war 250 Beratungen pro Jahr. Das klingt wenig, ist aber durchaus bei intensiven Beratungen sehr viel. Gewesen sind es im ersten Jahr 450 Beratungen, das war im Jahr 1999. Im Jahr 2004, also im letzten Jahr, waren es 2111. Ich habe mir die letzten Zahlen vom heurigen Jahr geholt, extra poliert werden es ungefähr um die 2.500 Beratungen sein. In diesem Sinne brauche ich über einen Bedarf nicht mehr diskutieren, also der Bedarf ist riesengroß, auch steigend. Die Akzeptanz der Bevölkerung ist extrem, ist enorm. Der Ruf, jetzt lobe ich uns selbst, man verzeih es mir, ist ein sehr guter und auch auf überregionaler Ebene ein sehr, sehr guter und die Wertschätzung steigt mit dem Quadrat der Entfernung. Alle anderen beneiden uns um diese

Sozialberatungsstelle. Die Notwendigkeit, dass die weiter bestehen bleibt, und nicht nur bestehen bleibt sondern, dass das zu einem massiven Ansteigen der Notwendigkeit solcher Stellen kommt, nicht nur das GSS, brauche ich mir nur die demografische Entwicklung anschauen. Ich denke, das ist schon so ein ausgelutschtes Thema. Jedem ist klar, dass ein ungeborenes Kind sehr schlecht für seine Eltern oder Großeltern sorgen kann, indem es sie pflegt oder gar ihre Pensionen finanziert. D. h., wir haben immer weniger junge immer mehr ältere Mitbewohner. Wir haben eine steigende Arbeitslosigkeit die derzeit, jetzt verzeih man mir die Polemik, so bekämpft wird, dass die Unternehmensgewinne steigen, die Arbeitslosen aber auch steigen und die Mittel, die den Arbeitslosen zur Verfügung gestellt werden, pro Kopf weniger werden. Zusätzlich haben wir eine zunehmende Kluft, das ist auch die Folge daraus, zwischen arm und reich, die spüren wir schön langsam wirklich gewaltig. Und wir haben, und die Zahlen mag man sich schon einmal ein bisschen vor Augen halten, einen Anteil an Armutsgefährdenden von 11 % der Gesamtbevölkerung. Wenn man das auf Steyr herunterrechnet, dann sind wir ungefähr bei 4.500 Steyrern, die an der Armutsgrenze leben und 4 %, und das mag man sich auch vor Augen halten, die in der Armut leben. Das sind in Steyr immerhin um die 1.700 Menschen. Ich frage sie einfach rhetorisch, ob sie die sehen in Steyr. Man sieht sie nämlich nicht, aber es gibt sie und die Armut schaut halt heute anders aus wie noch vor 50 Jahren wo die Leute auf der Straße gestanden sind und gebettelt haben.
Also, in diesem Sinne denke ich mir ist die Notwendigkeit nicht infrage zu stellen und dieses soziale Engagement, das auch das GSS, nicht ein Engagement von Spinnern für irgendwelche sogenannten Randgruppen, die ja wir zu Randgruppen gemacht haben, die sind ja nicht als Randgruppe auf die Welt gekommen, ich denke, das ist nicht eine Spinnerei, sondern ich mag es wirklich herunterbrechen, ein bisschen pathetisch muss ich jetzt werden, auf den einen Satz, der in den letzten Wochen ja sehr oft gefallen ist und der heißt: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten.“ Wem der bekannt vorkommt, ich glaube es kommt jedem bekannt vor, das ist der Artikel 1 der Menschenrechtsdeklaration die am 10. Dezember 1948 von der UN beschlossen wurde. Der GSS macht nichts anderes als zu versuchen Menschen, denen die Würde genommen worden ist, sei es durch Arbeitslosigkeit, sei es durch Armut, sei es durch Scheidung, Krankheit, und, und, und, ein Stückchen dieser Würde wieder zurückzugeben. Ich denke, dass das ein vernünftiger Grund ist für diese Menschen zu arbeiten. In dem Sinne mag ich mir jetzt die Frage selbst beantworten: „Darf es ein bisschen mehr sein?“ Ich bitte einfach darum, dass es ein bisschen mehr wird. Der Dir. Lengauer hat es schon gesagt, wir haben die Angestellten unter Vertrag, dass sie bezahlt werden nach dem Schema von Pro-Mente und Pro-Mente stellt ebenso wie viele andere Sozialinstitutionen auf das PAX-Schema um und das erfordert einfach 7.000,-- bis 8.000,-- Euro pro Jahr mehr und die gehen uns schlichtweg ab. Abgesehen von der Inflationsabgeltung die nicht passiert. Das ist einfach meine Bitte, die ich hier ausspreche und danke somit, nein, noch nicht ganz fürs Zuhören. Der Herr Hack hat, denke ich mir, noch eine Frage gestellt, die ich nur indirekt beantworten kann, weil ich nicht am Sozialamt arbeite und auch die Zahlen dort nicht kenne. Ich denke, dass sich die Arbeit, die der GSS jetzt leistet, dass sich der Bedarf inzwischen vervielfacht hat. Also ich denke, das gegenzurechnen mit Einsparnissen auf dem Sozialamt das wird sich nicht ausgehen, weil einfach der Bedarf enorm ansteigt in den letzten Jahren. Ich danke fürs Zuhören.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, natürlich wäre ich auch froh, wenn wir am Anfang mehr drinnen gehabt hätten im Budget. Das ist keine Frage. Dass das GSS eine wertvolle Arbeit leistet und dass wir auch von Anfang an dabei waren und wir wissen genau, wenn man sich dann da herstellt, wie der Kollege Apfelthaler, und sagt, der Vertrag. Wir wissen auch, dass die Landesregierung gesagt hat, dass die Ausarbeitung erst erfolgt. Weil jedes Mal das kommt wegen dem Vertrag, ich wäre selbst interessiert, wenn das GSS einen Vertrag hätte. Wir wissen alle, dass die Richtlinien für die Sozialplanung von der Landesregierung noch nicht zur Verfügung stehen und dadurch kann kein Vertrag abgeschlossen werden, weil das ist ein wesentlicher Bestandteil des Vertrages. Das ist mir vonseiten der Abteilung gesagt worden. Ich muss denen auch vertrauen, was sie mir sagen. Das kann ich nur dazu sagen. Eines möchte ich zur Personaleinheit noch sagen, weil der Kollege Hack das gefragt hat. Die Sozialberatungsstellen sind ja für die Stadt Steyr vorgesehen mit 1,32 Personaleinheiten. Beim GSS haben wir 2 Personaleinheiten. Wir bekommen schon Geld von Land refundiert, das ist sehr richtig, aber nur einen Teil und nicht alles. Man muss schon auch den Gemeinderat darüber informieren wie es ausschaut. Ich wäre auch froh, wenn wir dem GSS den ganzen Betrag geben könnten. Eines dürfen wir auch nicht vergessen, wir haben eine sehr gute

Sozialberatungsstelle, weil das Land hat sie eingeführt, dass man sagt, es sind alles C-Bedienstete. Wir wissen aber die wertvolle Arbeit wird bei uns beim GSS gemacht, weil wir eben die Frau Steiner haben, das ist eine A-Bedienstete, weil wir die Frau Hinterreiter haben, das ist eine B-Bedienstete. Natürlich ist da eine Differenz drinnen als wie es das Land vorgeschrieben hat. Das muss man auch einmal ganz ehrlich sagen. Man kann sich dann schon hinstellen und sagen, die leiden so, die brauchen mehr Geld und das brauchen wir. Ich bin auch dafür und habe es auch beim Budget beantragt, aber aufgrund der Sparmaßnahmen ist ja das dem auch zum Opfer gefallen. Wir hätten alle herinnen die Möglichkeit gehabt auch beim Budget aufzustehen und zu sagen ich möchte das noch einmal hineinreklamieren. Ich weiß, wir müssen jetzt schauen, und der Kollege Schodermayr hat es eh gesagt, dass wir das Geld zur Auszahlung brauchen würden. Ich weiß es aber auch noch nicht, ob wir es bekommen. Ich kann da überhaupt noch keine Zusage machen, das wird sich noch herausstellen. Es wird dann gefragt werden: „Und wem nimmst du es weg, wo kannst du es einsparen?“ Das ist dann die Frage, weil wir wissen ja alle, wie es finanziell geht. Welchem Verein soll ich das Geld dann wegnehmen? Das steht für mich auch noch im Raum. Also, ich bin auch der Überzeugung, dass das GSS sehr wichtig ist, dass sie eine ganz wertvolle Arbeit leisten und ich bin froh, dass wir es haben. Aber ich möchte auch sagen, die Arbeit am Sozialamt und in der Bürgerservicestelle nimmt vehement zu. Wir haben immer mehr Beratungen. Wir machen nach wie vor die Brennstoffaktion, wir machen die Beratungen mit den Fürsorgerätinnen und –räten. Also, es ist nicht so, dass da jetzt weniger Arbeit wäre. Oder am Sozialamt in der offenen Sozialhilfe, hat die Arbeit innerhalb einiger Jahre zugenommen von 280 auf 1.800 Beratungen bzw. Auszahlungen. Man sieht gerade in dem Bereich wo eben jetzt die Armut da ist, wo viele arbeitslos sind wo man sagt da gehe ich zur Beratungsstelle, dass mir wer hilft. Das Verlangen ist jedenfalls da. Ich hoffe ich kann auch helfen, aber ich kann, dass muss ich auch sagen, ich werde mich darum bemühen, es noch nicht zusagen. Ich ersuche um ihr Verständnis.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.
Ich danke der Berichterstatterin. Nächster Berichterstatter ist Herr Vzbgm. Bremm.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
In meinen ersten Antrag, meine sehr verehrten Damen und Herren, geht es um die Auflösung des Leasingvertrages für das Feuerwehrdepot Münichholz und Abschluss eines Kaufvertrages mit der Expanda Immobilien Leasing GmbH. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

11) ÖAG-2/05 Feuerwehrdepot Münichholz; Auflösung des Leasingvertrages und Abschluss eines Kaufvertrages mit der Expanda Immobilien Leasing GmbH.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 11. März 2005 wird dem Abschluss eines Kaufvertrages mit der Expanda Immobilien Leasing GmbH, 1040 Wien, Operngasse 21, zum Erwerb des Feuerwehrdepots Münichholz und der Unterfertigung eines Gegenbriefes zur Beendigung des Immobilien-Leasingvertrages über dieses Objekt entsprechend den beigeschlossenen Entwürfen zugestimmt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Auch nicht. Stimmenthaltungen? Das ist auch nicht der Fall. Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Im nächsten Punkt geht es um die Generalsanierung der Laufbahn Sportanlage Rennbahn. Die Laufbahn ist äußerst desolat. Wir haben ja im vergangenen Jahr schon einen Budgetansatz vorgenommen gehabt, weil wir das ja über zwei Budgetjahre budgetiert haben. Also, diese Sanierung ist dringendst notwendig, ansonsten ist die Laufbahn nicht mehr benützbar. Einen kleinen Schönheitsfehler bei diesem Antrag gibt es insofern, indem wir im vergangenen Jahr keinen Grundsatzbeschluss für die Sanierung dieser Laufbahn gefasst haben, sind die 150.000,-- Euro, die im Budget 2004 gewesen sind, im heurigen Jahr, im Jänner, nicht übertragbar gewesen. Die Sanierung kostet aber über 400.000,-- Euro. 295.000,-- Euro sind im heurigen Budget. Im Jänner sind dann die 150.000,-- Euro zurückgeflossen in die Stadtfinanzen und deswegen benötigen wir heuer eine Kreditüberschreitung. Das ist der kleine Wehrmutstropfen dabei. Ich habe das auch nicht gewusst, wenn da nicht ein Grundsatzbeschluss da ist, dass dann das Geld nicht übertragen wird, so

wie wir im Jänner die Übertragungen machen. Ich ersuche hier um Verständnis und vor allem um Zustimmung zu diesem Antrag.

12) GHJ2-9/05 Generalsanierung Laufbahn Sportanlage Rennbahn.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 5. 04. 2005 wir der Auftragsvergabe zur Sanierung der Laufbahn der Sportanlage Rennbahn an die

Fa. Ploier+Hörmann, Traun - Laufbahnsanierung

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung dieser Sanierungsarbeiten wird der Mittelfreigabe von

€ 295.000,-- exkl. USt. (zweihundertfünfundneunzigtausend) bei der VA-Stelle 5/262100/610000 (Sportanlage Rennbahn Instandhaltung Grund u. Boden)

und einer Kreditüberschreitung in Höhe von

€148.000,-- exkl. USt. (einhundertachtundvierzigtausend) bei der gleichen VA-Stelle

zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 148.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonstruktion wird, auf Basis einer vom GB für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Im nächsten Punkt geht es um die Erneuerung des Physik- und Chemiesaales in der HS Tabor. Eine äußerst dringende Sanierung. Die Gesamtkosten betragen 81.833,-- Euro. Es ist eine dringende Maßnahme für die Schule. Ich ersuche dem Antrag die Zustimmung zu geben.

13) GHJ2-15/05 Erneuerung des Physik- und Chemiesaales – HS Tabor.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 15. 04. 2005 wird den Auftragsvergaben für die Erneuerung des Physik- und Chemiesaales in der Hauptschule Tabor, Taschelried 1, an die

Fa. Mayr, Scharnstein – Mobiliar und Experimentiereinheiten (€ 58.389,70 inkl. USt.)
Fa. TEAM Work, Linz – Maler- und Bodenlegerarbeiten (€ 9.463,34 inkl. USt.)
Fa. Klausriegler, Steyr - Installationsarbeiten (€ 4.600,00 inkl. USt.)
Fa. Nograsek, Steyr - Baumeisterarbeiten (€ 4.200,00 inkl. USt.)
Fa. Lamplmayr, Steyr – Elektroarbeiten (€ 3.800,00 inkl. USt.)
Fa. Gruber, St. Ulrich – Lüftungsanlage (€ 780,00 inkl. USt.)
Fa. Leutgeb, Steyr - Fliesenlegerarbeiten (€ 600,00 inkl. USt.)

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung zur Durchführung dieser Erneuerung wird der Mittelfreigabe von

€ 81.800,00 inkl. USt. (einundachtzigtausendachthundert) bei der VA-Stelle 5/212000/010000 (Hauptschulen Gebäude)

zugestimmt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Keine Wortmeldungen. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Im nächsten Punkt geht es um die Fassadensanierung in der HS Punzerstraße. Wer die kennt, die Färbelung ist äußerst desolat. Der Zustand der Schule ist ja an und für sich sehr gut, aber die Fassade muss erneuert werden. Ich ersuche auch diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

14) GHJ2-17/05 Fassadensanierung – Hauptschule Promenade.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 15. 04. 2005 wird den Auftragsvergaben für die Fassadensanierung der Hauptschule Punzerstraße, Punzerstraße 73-75, an die

Fa. Freundlinger, Linz – Fassadensanierung (€ 66.256,92 inkl. USt.)
Fa. Nograsek, Steyr – Baumeisterarbeiten (€ 4.500,00 inkl. USt.)

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung zur Durchführung dieser Erneuerung wird der

Mittelfreigabe von

€ 70.800,00 inkl. USt. (siebzigtausendachthundert) bei der VA-Stelle 5/212000/010000 (Hauptschulen Gebäude)

zugestimmt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Das ist auch nicht der Fall. Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Im nächsten Punkt geht es um die Wehrgrabenschule, um die zweite Etappe der Erneuerung der Fenster im Ausmaß von 51.300,-- Euro. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

15) GHJ2-9/04 Zweite Etappe der Erneuerung der Fenster der Volksschule Wehrgraben.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 4. 04. 2005 wird den Auftragsvergaben für die zweite Etappe der Erneuerung der Fenster in der Volksschule Wehrgraben, Wehrgrabengasse 22, an die

Fa. Meidl, Schiedlberg – Fenster inkl. Fenstertausch (€ 38.739,60 inkl. USt.)
Fa. Baumgartner, Linz – Vorhänge und Rollos (€ 7.063,20 inkl. USt.)
Fa. Baumgartner, Linz – Karniesen (€ 1.354,32 inkl. USt.)
Fa. Faatz, Steyr – Spenglerarbeiten (€ 2.700,00 inkl. USt.)
Fa. Böhm, Steyr – Malerarbeiten (€ 1.400,00 inkl. USt.)

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung zur Durchführung dieser Erneuerung wird der Mittelfreigabe von

€ 51.300,00 inkl. USt. (einundfünfzigtausenddreihundert) bei der VA-Stelle 5/211000/010000 (Volksschulen Gebäude)

zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 51.300,00 notwendig die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom GB für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Ein gutes Jahr für unsere Steyrer Schulen. Der nächste Antrag bezieht sich auf die VS Tabor. Dort geht es um die erste Etappe Fensteraustausch und Vollwärmeschutz. Die Hauptschule ist ja mittlerweile saniert und erneuert und jetzt ist die Volksschule dran. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

16) GHJ2-2/05 Erste Etappe Fenstertausch und Vollwärmeschutz Volksschule Tabor.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 7. 04. 2005 wird den Auftragsvergaben für die erste Etappe des Fenstertausches und des Vollwärmeschutzes der Volksschule Tabor, Taschelried 1, an die

Fa. Gaulhofer, Pichl – Fenster inkl. Fenstertausch (€ 45.066,00 inkl. USt.)
Fa. Hofmann, Haslach – Vollwärmeschutz (€ 60.358,44 inkl. USt.)
Fa. Alpine, Steyr – Baumeisterarbeiten (€ 32.405,34 inkl. USt.)
Fa. Nöbauer & Tüchler, Klam - Eingangsportale (€ 24.229,20 inkl. USt.)
Fa. Strutz, Kalsdorf – Malerarbeiten (€ 3.179,28 inkl. USt.)
Fa. Faatz, Steyr – Spenglerarbeiten (€ 3.500,00 inkl. USt.)
Fa. Klausriegler, Steyr – Installateur (€ 3.400,00 inkl. USt.)
Fa. Gegenhuber, Grünburg – Blitzschutz (€ 1.500,00 inkl. USt.)

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung zur Durchführung dieser Erneuerung wird der Mittelfreigabe von

€ 173.700,00 inkl. USt. (einhundertdreiundsiebzigtausendsiebenhundert) bei der VA-Stelle 5/211000/010000 (Volksschulen Gebäude)

zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 18.700,00 notwendig die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom GB für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau Wührleitner bitte.

GEMEINDERÄTIN EVA-MARIA WÜHRLEITNER:
Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse. Selbstverständlich ist die ÖVP für die längst fälligen Arbeiten, wurden sie doch von unserer Kollegin, Maria Koppensteiner, seit Jahren schon vehement eingefordert. Wir sprechen aber bei der Schule Tabor nicht von 173.000,00 Euro sondern von 750.000,00 Euro, gesehen bis 2008. Dies nur in diesem einen Punkt. Es stellt sich nun die Frage, wäre es nicht kostengünstiger gewesen, hätten wir schon viel, viel früher begonnen mit der Renovierung. Dies betrifft nicht nur die Schulen, auch in anderen Bereichen müssen wir immer teuer generalsanieren. Wie gerade besprochen bei der Rennbahn oder auch bei der Straßenerhaltung. Ich glaube, wir werden in den nächsten Jahren noch viel sehr teuer generalsanieren müssen, weil es verabsäumt wurde, rechtzeitig kostengünstiger zu

renovieren. Es wird uns nicht ausbleiben, wir müssen sanieren.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Sanierungen, egal wo sie notwendig sind, kommen für den einen Teil zu früh, weil es Geld kostet, und für den einen Teil zu spät, weil sie schon notwendig sind. So ist das auch bei den Schulen. Ich gebe ihnen Recht, dass jetzt doch eine massive Ansammlung von Sanierungen vorhanden ist, aber dass sie jetzt deswegen umso teurer sind, das glaube ich nicht. Natürlich kann man sagen, wenn wir vor 20 Jahren Fenster gemacht haben, waren sie billiger als wie wenn heute Fenster gemacht werden. Die Fenster, die wir heute machen, werden billiger sein wie wenn wir in 20 Jahren Fenster erneuern müssen. An und für sich werden die Fenster erneuert, die sowieso irgendwann einmal fällig sind. Die Fassade im Innenbereich wird auch saniert, aber Sanierungen sind nie billig, die sind immer teuer. Es ist halt nicht eine Frage dass man schon saniert wenn es vielleicht noch geht, das schiebt man, so wie auch im privaten Bereich bei einem Haus, da sage ich auch nicht ich mache es jetzt, weil es billig ist, sondern wenn es nicht mehr anders geht, wenn sie undicht sind, dann wechselt man die Fenster aus. Aber ich bin froh, dass es gelungen ist in den letzten Budgets außertourliche Mittel hineinzubekommen, dass wir doch in sehr merkbaren und sehr deutlichen Schritten unsere Schulen erneuern können. Es wird noch ein doch langer Weg sein, bis wir alle Schulen durch haben, aber es wird nie zu Ende sein. Das ist ein Kreislauf. Wenn wir dann fertig sind, werden wir bei den anderen wieder von vorne anfangen müssen. Das ist aber auch ein guter Kreislauf in der Wirtschaft. Weil wenn wir auf einmal einen Stillstand hätten weil niemand mehr saniert, dann würde auch die Wirtschaft nicht mehr funktionieren. Ich ersuche den Bürgermeister darüber abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Im nächsten Punkt geht es um die Verordnung betreffend Schutz der Bevölkerung vor störendem Lärm, das ist eine Anpassung an die Landesregelung; wir haben das auch im Umweltausschuss diskutiert.

17) Ges-15/05 Verordnung betreffend Schutz der Bevölkerung vor störendem Lärm – Novellierung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Umweltschutz und Abfallwirtschaft wird der Novellierung der Verordnung betreffend Schutz der Bevölkerung vor störendem Lärm zugestimmt.

Ich ersuche den Gemeinderat dieser Novellierung die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Der Lärmkataster ist in Arbeit, aber er liegt über das Stadtgebiet von Steyr noch nicht im Detail vor. Das heißt, wir wissen auch noch nicht, welche Auswirkungen das hat, auch nicht auf finanzieller Seite.

Was für mich bei dem Antrag ein bisschen bedenklich ist, ist das, dass man die Obergrenze mit € 2.900,-- gesetzt hat, weil wie kommt jemand dazu, der eine hat das Glück und ist nur mit der Schmalseite des Hauses vom Verkehr betroffen, der bekommt genauso, wenn er diese 30 % erreicht, nur € 2.900,-- und der andere hat das Pech, dass er womöglich mit 20 Fenstern vom Verkehr belastet ist und der bekommt auch nur € 2.900,-- maximal. Das heißt, ich glaube, dass man hier individuell abschätzen muss, wie weit jemand wirklich betroffen ist und wenn wir der Meinung sind, dass er von dem Verkehr wirklich stark belastet ist, dann müssen wir ihm helfen, aber wir können nicht sagen, ja du bist belastet, hast aber Pech gehabt, du wirst auch nicht mehr berücksichtigt. Das heißt, ich ersuche wirklich, diese Obergrenze zu überdenken, ich glaube, dass man da individuelle Lösungen

treffen muss.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Weitere Wortmeldungen? Keine, kein Schlusswort, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? 7 (6 ÖVP, 1 Frech). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:.
Im nächsten Punkt geht es um den Umweltbericht aus 2003/2004. Er ist auch in seiner Rohfassung im Umweltausschuss berichtet und diskutiert worden. Aus zeitökonomischen Gründen erspare ich mir da eine länger dauernde Erklärung.

Verlesen

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Ich ersuche den Bürgermeister, darüber abstimmen zu lassen.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

18) UMW-9/05 Umweltbericht 2003/2004

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Umweltbericht 2003/2004 der Fachabteilung für Umweltschutz und Abfallwirtschaft wird zur Kenntnis genommen. (Beilage)

Ich ersuche aber um eine einhellige Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Herr GR Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Keine Angst, ich werde ebenfalls diesen Umweltbericht aus dem Jahre 2003/2004 nicht verlesen, ich möchte aber doch einige grundsätzliche Anmerkungen machen. Als Vorsitzender des Umweltausschusses habe ich natürlich nicht die Kompetenz und natürlich auch nicht den Einblick im Detail, den der zuständige Referent, Vizebgm. Bremm hat, konnte aber doch in der relativ kurzen Zeit, in der ich diesen Ausschussvorsitz ausübe, feststellen, dass gerade die Umweltabteilung sehr effizient arbeitet. Dass die Mitarbeiter unter der bisherigen Führung von OAR Gergelyfi und der zukünftigen, oder bereits jetzigen Führung von Herrn Ing. Raab sehr aktiv sind, gute Vorschläge in allen Bereichen, die dieses Thema betreffen, nicht nur einbringen, sondern diese auch zur Umsetzung bringen und das beweist ja der sehr umfangreiche Bericht, den ich vorher bereits angesprochen habe. Ich bin eigentlich ein bisschen enttäuscht, dass ich keine Kritik anbringen kann, denn ursprünglich bin ich in diese Gemeinderatssitzung gegangen, um einmal festzuhalten, dass es eigentlich notwendig wäre – nachdem dieser Antrag heute nur mit einem Blatt Papier dokumentiert wurde – doch den Gemeinderat etwas umfangreicher zu informieren, zumindest durch einen Detailbericht, um eine entsprechende Grundlage für eine Diskussion zu liefern. Zu meiner Überraschung ist heute bereits vor der Sitzung dieser vollständige Umweltbericht vorgelegen und der repräsentiert tatsächlich die Arbeit, die ich vorhin angesprochen habe, die gute Arbeit dieser Abteilung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es eine weitere Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Wenn der Eichhübl Roman lobt, dann soll man gar nichts mehr dazu anfügen.
Im nächsten Antrag geht es um den Einbau von Rußpartikel-Filtern bei Dieselfahrzeugen des

Fuhrparks der Stadt Steyr. Dieser Antrag an den Gemeinderat wurde von den Grünen eingebracht.

Analog zum Antrag auf Förderung der Nachrüstung von Diesel-Privat-PKWs sollen die Dieselfahrzeuge, die sich im Besitz der Stadt Steyr befinden, von der Stadt mit Partikelfiltern nachgerüstet werden.

Diese Maßnahme ist auf Grund der Schadstoffersparnis und der Vorbildwirkung auf private Diesel-Pkw-Besitzer eine logische Ergänzung zum vorangegangenen Antrag.

19) Präs-245/05 Antrag GAL Steyr betr. Einbau von Rußpartikel-Filter bei Dieselfahrzeugen des Fuhrparks der Stadt Steyr

Der Gemeinderat der Stadt Steyr möge beschließen:

Die Stadt Steyr rüstet sofort nach Inkrafttreten der Förderung durch das Land OÖ alle Diesel-Fahrzeuge des stadteigenen Fuhrparks mit Ruß-Partikelfiltern aus.

Unverständlicher Zwischenruf

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Ich habe es so nach der Reihe liegen gehabt, die Tagesordnung ...

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Nein, die stimmt eh.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Ihr habt es falsch geschrieben.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

20) Präs-246/05 Antrag GAL Steyr betr. Förderung der Stadt Steyr für DieselRußpartikelfilter für Altautos.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr möge beschließen:

Die Stadt Steyr fördert für in der Stadt Steyr zugelassene Diesel-Pkw den Einbau eines Rußpartikelfilters zusätzlich zur Förderung des Landes OÖ (ab Juni 2005) mit einem einmaligen Zuschuss von jeweils 100 Euro.

Ich ersuche den Bürgermeister, darüber diskutieren und abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Roman bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Ich wollte jetzt mit meiner Zwischenbemerkung nicht zu einer Verwirrung beitragen, aber tatsächlich scheint es ja so ursprünglich der Wunsch von den Grünen gewesen zu sein, dass vorher der Antrag, nämlich Einbau von Rußpartikel-Filtern in Fahrzeugen, Altautos tituliert, zur Behandlung hätte kommen sollen und dann erst der Antrag, was den Fuhrpark der Stadt Steyr betrifft, daher erlaube ich mir einiges an grundsätzlichen Bemerkungen. Ich gehe einmal davon aus, dass diese beiden Anträge durchaus gut gemeint sind, aber man muss sich doch die Situation etwas näher anschauen und durchaus jetzt ohne Emotionen betrachten. Vor allen Dingen muss man sich vor Augen führen, was das für Auswirkungen hat, was Kosten und Nutzen betrifft. Ich beginne jetzt gleich einmal damit, dass vor allen Dingen das Umrüsten des Fuhrparks der Stadt Steyr sehr hohe Kosten verursachen würde. Ich habe da in Erfahrung bringen können, dass es bei Autobussen so in der Größenordnung von € 20.000,-- geht plus Arbeitszeit für Einbau, der sich so an die 40 Stunden bewegen wird. Der Referent nickt, also stimmt das und man kann sich dann ausrechnen, was ein einziges Fahrzeug kostet, was den Fuhrpark des städtischen Verkehrsunternehmen betrifft. Da muss ich natürlich, und da komme

ich jetzt darauf zurück, was ich zuerst gesagt habe, einen Blick auf Kosten- und Nutzenrechnung machen und daher gezwungenermaßen einen Blick auf die Verursacher machen. Es gibt da ja sehr kompetente Unterlagen, wenn ich mir diese Darstellungen anschaue, Verursacher jährlicher Partikelemissionen in Österreich, dann ist hier festgestellt, dass 36,8 % dieser Belastungen von Kleinverbrauchern kommen, das sind Holzheizungen in der Größenordnung von 85 % und 15 % entstehen bei der Verbrennung von Kohle oder Öl. Dann kann ich weiters feststellen, dass die Industrie mit 31,5 % an diesen Schadstoffentwicklungen mit beiträgt. Dann gibt es noch einen weiteren Prozentsatz, 8,4 % die Landwirtschaft, 4,5 % Offroadmaschinen, damit sind die ganzen Baumaschinen usw. gemeint, die also nicht einer Zulassung bedürfen und 3,9 % Kraft- und Heizwerke. Jetzt komme ich zu etwas, was mich eher dazu bewegt, diesem Antrag nicht die Zustimmung zu geben, es ist nämlich hier festgestellt, dass 14,9 % dieser Schadstoffe aus dem Straßenverkehr kommen und da gibt es wiederum eine Unterteilung, 7,5 % verursachen die Sattelzüge,
44 % Diesel-Pkw, von diesen 14,9 %, das sind also vom Gesamtkuchen 7 % und 17 % LKW, 28,9 % leichte LKW und 2,6 % die Autobusse. So, wenn ich jetzt die Busse und die LKW nehme, dann sind das insgesamt knapp 20 % von diesen 14,9 % und etwa 3 % vom Gesamtkuchen. Dann komme ich noch zu einem technischen Bereich, um hier auch wiederum eine Gegenüberstellung zu machen, Kosten und Nutzen, was ich eingangs gesagt habe. Jeder weiß, der sich mit dieser Technik beschäftigt, das ist ja ähnlich, wie damals die Diskussionen geführt wurden, über die ungeregelten und geregelten Katalysatoren bei Kraftmotoren, die mit Benzin betrieben werden, so ist das auch beim Diesel so, dass diese Nachrüstfilter einen wesentlich geringeren Wirkungsgrad haben als jene, die elektronisch geregelt werden und sozusagen in Neufahrzeugen ja bereits eingebaut werden. Was das frappante daran ist, auch einen nicht unerheblich höheren Kraftstoffverbrauch haben werden, wobei sich das dann irgendwo wieder aufhebt und man eigentlich draufkommt, dass eine derartige Investition aufgrund des höheren Kraftstoffverbrauches schon infrage zu stellen ist. Es wäre daher besser, glaube ich, wenn man bei diesen Prozentsätzen beginnen würde, die ich vorher genannt habe, nämlich 36,8 % Kleinverbraucher und 31,5 % Industrie und da eben den Hebel ansetzen sollte. Mit Erlaubnis vom Vorsitzenden darf ich gleich noch einen Satz zum zweiten Antrag sagen, weil der ja auch irgendwo im Zusammenhang zu sehen ist. Wenn sich die Stadt Steyr jetzt bereit erklärt, Nachrüstungen von Fahrzeugen, die zum allgemeinen Verkehr zugelassen sind, entsprechend zu fördern, dann frage ich mich alleine deswegen, ob das der sinnvolle Weg ist, dass die Stadt Steyr Kosten übernimmt, die eigentlich andere zu übernehmen hätten, denn da müsste man eine bundesweite Regelung machen, denn es ist doch tatsächlich nicht so, dass sich einer in Steyr ein Auto kauft, um nur hier in Steyr im Kreis fahren zu können, ...

Gelächter

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
... sondern er wird natürlich größere Strecken damit zurücklegen, wird in Nachbargemeinden fahren und wird sich im gesamten Bundesgebiet bewegen und daher werde ich auch dem zweiten Antrag, so wie mein Kollege, die Zustimmung nicht geben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr GR Altmann bitte.

GEMEINDERAT DI CHRISTIAN ALTMANN:
Hohes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Steyrer Gemeinderates. Es ist eigentlich der Wortmeldung vom Herrn GR Eichhübl nicht sehr viel hinzuzufügen, nur möchte ich anmerken, dass man diesen Antrag, der jetzt vorliegt, zum Einbau von Rußpartikel-Filtern bei Dieselfahrzeugen des Fuhrparks der Stadt Steyr, vielleicht nicht pauschal ablehnen sollte, sondern vielleicht an den Umweltausschuss zuweisen sollte, damit dieser wirklich die detaillierten Kosten einmal erheben kann, was da wirklich auf die Stadt zukommt, wenn sie diese Busse ausrüstet und in einer Umweltbilanz auch darlegt, was das an tatsächlichen Nutzen bringt. Eine kleine Anmerkung vielleicht noch zum Schluss; vielleicht können sie die Frage beantworten, was hier gemeint ist mit „stadteigenen Fuhrpark“, ob das hier die Dienstfahrzeuge vom Herrn Bürgermeister sind, die mit Partikelfiltern nachgerüstet werden sollen, oder ob es die Fahrzeuge der Stadtwerke sind.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Im Antrag steht nur, die im Stadtbesitz befindlichen Fahrzeuge. Das ist kein Autobus, das ist ja ein ausgelagerter Betrieb.

STADTRAT WILHELM HAUSER:
Nein, der Wirtschaftshof ist kein ausgelagerter Betrieb.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Vizebürgermeister bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Ich möchte nur ein paar grundsätzliche Dinge dazu sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen, weil wir uns das Thema Feinstaub auch im Umweltausschuss berichten haben lassen und auch darüber diskutiert haben. Das Thema Feinstaub ist halt auch ein Thema, wo sich auch die Experten darüber streiten, was jetzt richtig ist, wie die Belastung ist. Das wird in Österreich und darüber hinaus noch ein längeres Thema sein. Ich möchte nur auf einige aktuellen Messdaten in der Stadt Steyr hinweisen, weil wir doch in der glücklichen Lage sind, dass wir von der Feinstaubbelastung weitgehendst verschont sind. Die aktuellen Messdaten kommen nicht von uns selber, sondern die kommen vom Land Oberösterreich bzw. vom Umweltbundesamt und in der Reihung liegen wir in Österreich am 49. Platz. Wir haben in Steyr beim Tagesmittelwert, das wird in Tages- und Jahresmittelwert gemessen, eine geringfügige Überschreitung, wenn wir die Messwerte des Umweltbundesamtes hernehmen. Es gibt da nämlich auch noch Unterschiede; das Umweltbundesamt hat einen Zuschlag zu den Messdaten von 30 % mitberechnet und wenn wir die Rohdaten von den Messstationen, oder wenn wir von den Messergebnissen von Oberösterreich ausgehen, dann haben wir da überhaupt kaum Überschreitungen. Im Tagesmittelwert haben wir 2005 bisher 6 Überschreitungen. Die Problemzeit ist nicht wie man so glaubt im Sommer, in den warmen Jahreszeiten, sondern in der kalten Jahreszeit. 2004 haben wir 1 Grenzwertüberschreitung gehabt und die Grenzwerte liegen bei 50 Mikrogramm. Im Jahresmittelwert – und ich glaube, dass das das Entscheidende ist, da haben wir überhaupt keine Überschreitungen, sondern da liegen wir gegenüber dem Grenzwert, der bei 40 liegt, 2002 bei 18,0, 2003 bei 22,2, 2004 bei 16,9 und bisher 2005 bei 22,2. Wir liegen da also weit unter den Grenzwerten. Beim Umweltbundesamt, wo eben 30 % Zuschlag dabei sind, der kommt eben deswegen dazu, weil gewisse Belastungen, gewisse Staubentwicklungen lösen sich dann auf und die werden mit den Messgeräten nicht miterfasst, dadurch gibt man da einen Zuschlag dazu, da liegen wir aber auch bei den Jahresmittelwerten weit unter dem Grenzwert, der vom Umweltbundesamt vorgegeben ist, auch 2002 liegen wir da bei 23,4, 2003 bei 28,9, 2004 bei 21,2 und bisher 2005 bei 28,9. Wir liegen also von den Grenzwerten wesentlich weit entfernt und somit ist hier auch die Sorge, oder der große Bedarf an Nachrüstungen sicherlich anders zu sehen, wie das in Graz ist. Die Grazer haben aufgrund ihrer Lage der Stadt wesentlich höhere Werte und wesentlich mehr Überschreitungen, da kann man das schon anders sehen, aber in Steyr sind wir Gott sei Dank in einer topographischen Lage und einer Strömung, wo solche Belastungen weit unter dem Grenzwert liegen. Zu dem, was der Kollege Eichhübl dazu gesagt hat, ist nichts einzufügen, der Kollege Hauser wird sich dann als Referent auch noch zu den Daten der Nachrüstungen äußern.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr StR Hauser.

STADTRAT WILHELM HAUSER:
Geschätztes Präsidium, geschätzter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Nachdem ich sozusagen mit den Bussen betraut bin, habe ich mich natürlich auch schlau gemacht, wie ich den Antrag gesehen habe, weil ich erwartet habe, dass natürlich auch jeder gern wissen möchte, wie es denn hier aussieht. Eines ist einmal unbestritten, dass Feinstaub auf alle Fälle Krankheiten auslöst und krank macht, über das, glaube ich, brauchen wir nicht diskutieren, das ist sicherlich erwiesen. Die Auswirkungen sind dort und da wahrscheinlich etwas unterschiedlich, aber so ist es halt im Leben. Es gibt auch unterschiedliche Zahlen, weil der Kollege Eichhübl sozusagen hier Zahlen zitiert hat, die er, glaube ich, aus dem ÖAMTC-Bereich heraus genommen hat. Da gibt es also andere Zahlen bei Ärzten oder solchen, wo man darüber spricht, dass etwa 5 % der Individualverkehr mit dem PKW ausmacht, ca. 15 % erzeugen LKW und Busse, ca. 25 % der Hausbrand und der Rest wird sozusagen von der Industrie und den restlichen Umweltfaktoren erzeugt. Man darf auch nicht ganz vergessen, dass sozusagen das Umfeld an sich mit vielen Faktoren natürlich auch diese Dinge noch beeinflussen, sei das jetzt z. B. die Klimaverhältnisse, oder die Temperaturen, die Industriebelastungen udgl. mehr, auch die Verkehrsbelastung. Wie wir mit den Grenzwerten in Steyr ausschauen, hat der Kollege Vzbgm. Bremm ja schon gesagt und daher möchte ich mich jetzt ein bisschen darauf beschränken, was die Autobusse betrifft, weil wie wir gehört haben, haben wir natürlich schon noch andere Fahrzeuge auch, aber ich habe jetzt natürlich nicht für alle die Erkundigungen eingeholt. Man kann nur sagen, bei den LKW´s liegen die Zahlen in manchen Bereichen ähnlich wie bei den Bussen und die Problematik ist, dass gar nicht jeder umzurüsten geht.

Umzurüsten in dem Sinn, dass auch die Firma die Garantie dafür übernimmt. Der Kollege Eichhübl hat das zuerst schon erwähnt, die MAN sagt uns also einerseits einmal, dass der Eurodreimotor umrüstbar ist und für das übernehmen sie auch die Garantie, wenn sie die umrüsten würden, die Kosten belaufen sich beim Eurodreimotor auf ca. € 20.000,--, dazu kommen noch 40 Stunden Arbeitszeit pro Fahrzeug. Um das Ausmaß zu kennen, wir besitzen derzeit 30 Busse in den Stadtbetrieben und 8 davon sind Eurodrei und daher umrüstbar, das heißt alleine von den Materialkosten, die hier anfallen, wären das € 160.000,-- inkl. 8 mal 40 Stunden Arbeitszeit. Der Euroviermotor, das ist also der Neue, wo derzeit lediglich unser Klimabus damit ausgerüstet ist und wo die neuen 2, die heuer angekauft werden und die schon bestellt sind, die sind schon mit den ganzen Partikelfiltern ausgerüstet und entsprechen also diesen sogenannten Niedrignormen. Es ist also so, dass wenn wir davon ausgehen, dass wir 10 bis 12 Jahre brauchen, um in diesem Rhythmus sozusagen den Stadtbus so umzuorganisieren, dass wir im normalen Linienbetrieb lauter neumotorige Fahrzeuge haben, dann warne ich davor, dass wir diese Umrüstung bei den 8 Fahrzeugen durchführen, weil bei den anderen Fahrzeugen ist es nicht mehr ohne Übernahme eigenes Risiko für Motorschäden udgl. möglich. Auch die Bauart ist so, dass also diese Systeme oft in den Fahrzeugen gar nicht untergebracht werden können. Eine andere Geschichte noch, weil ich unter anderem in den Medien auch gelesen habe, dass da z. B. in Linz darüber diskutiert wird, auf Erdgas umzustellen, also um gleich diese Wunschvorstellung im Vorhinein gleich zunichte zu machen, gibt es drei Sachen dazu zu sagen. Die Tankstelle, die wir dafür bräuchten, kostet 2 Mio. Euro. Die Verdichtungsanlage, die man braucht, um das entspannte Erdgas auf 200 Bar sozusagen pressen zu können, um überhaupt das Fahrzeug betanken zu können, hat einen enormen Energieverbrauch und auch relativ hohe Baukosten. Das Dritte ist, wir könnten mit unseren Bussen aus dem Kommunalzentrum ausziehen, weil wir die dort nicht mehr in die Garage stellen könnten. Das heißt, entweder wir stellen sie irgendwo ins Freie und dann dürfen sie aber nicht im Wohngebiet stehen, oder wir müssten dieses Kommunalzentrum gänzlich umbauen, um es sozusagen gassicher zu machen, wie man so schön sagt. Also, nur die Idee alleine wünsche ich gleich zu verstecken. In diesem Sinne, danke für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich darf vielleicht noch eine Ergänzung anbringen. Ich habe mir eine Vortragsreihe in Wien angeschaut, über die Feinstaubbelastung der Städte Wien und Graz; dort ist auch erklärt worden, um was handelt es sich beim Feinstaub. Feinstaub ist der sogenannte P-10-Staub, das ist jener Staub, der einen Durchmesser von kleiner als Zehntausendstel Millimeter hat; ein Haar hat ca. 6 bis 8 Durchmesser. Also, jeder Staub, der so groß wie ein Haar oder kleiner ist, ist ein Feinstaub. Die Wiener haben das so gebracht, dass sie gesagt haben, sie sind wesentlich von der Witterung abhängig. Die Wiener haben Messungen gemacht, wenn es einen Ostwind oder Südwind gibt, dann haben sie eine Feinstaubbelastung die über diesen 50 Milligramm liegt und wenn sie einen Westwind haben, dann sind sie wesentlich besser dran. Das heißt, sie können gar nicht beeinflussen, ob eine Feinstaubüberlastung da ist oder nicht. Dann haben sie auch noch etwas ganz Wesentliches gesagt, dass man das auch noch zur Verdeutlichung für jeden klar erkenntlich macht; wenn sie heute eine Zigarette rauchen, dann inhalieren sie mehr Feinstaub, wie wenn sie drei Stunden hinter einem LKW nachfahren, der keinen Partikelfilter hat. Also das nur zur Verdeutlichung der ganzen Thematik.

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Frau GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Nachdem sich ja schon abzeichnet, dass dieser Antrag nicht die mehrheitliche Zustimmung finden wird, ich persönlich dieses Thema aber für viel zu wichtig halte, als dass man es einfach ad acta legt, immerhin sterben jährlich rund 4.600 Personen an Feinstaub, laut einer aktuellen EU-Studie, und ich stelle deshalb den Antrag zur Geschäftsordnung, dass dieser Antrag der GAL-Fraktion von der Thematik her an den Umweltausschuss zugewiesen wird und dass wir uns im Umweltausschuss mit sämtlichen Möglichkeiten beschäftigen, die dazu führen können, dass die Feinstaubbelastung in Steyr gesenkt wird, weil sonst wird das einfach niedergestimmt und es passiert nichts Weiteres und dazu ist das Thema viel zu ernst. Ich stelle hiermit den Antrag, Zuweisung an den Umweltausschuss.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Antrag zur Geschäftsordnung, da hat jeder Fraktion noch eine Wortmeldung.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Auch für unsere Fraktion, wir können diesem Antrag die Zustimmung geben, dass wir das dem Umweltausschuss zuweisen und uns dort wirklich intensiv damit auseinandersetzen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
ÖVP?

GEMEINDERAT DI CHRISTIAN ALTMANN:
Wertes Präsidium, geschätzte Mitglieder des Steyrer Gemeinderates. Ich habe es zuerst bei meiner Wortmeldung vergessen, sie haben es Gott sei Dank jetzt nachgeholt, danke für die Zuweisung, aber ich habe den Antrag nicht gestellt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Grüne?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Ich denke mir, das nennt man Feigheit vor dem Antrag, was da jetzt passiert. Wir haben über den Feinstaub schon einmal im Umweltausschuss gesprochen und dort haben wir uns auch eingehend damit beschäftigt und es war auch durchaus interessant, was wir dort gehört haben, aber es war auch durchaus interessant, was wir heute gehört haben. Aber es ist halt ein Umweltthema und ich erinnere noch den hohen Gemeinderat an den Antrag, den die Frau Kollegin Frech gestellt hat. Ein Umweltthema ist ein Umweltthema bei uns und das schieben wir dann wieder in einen Ausschuss hinein, weil das könnte ja sein, dass wir dort Farbe bekennen müssen. Das hat ja durchaus auch etwas mit dem Individualverkehr, mit dem Öffentlichen Verkehr was zu tun, nur wie wir heute gesehen haben, ist das nicht durchsetzbar. Es ist nicht durchsetzbar, weil das ist zu gering und was weiß ich was und es waren heute wunderbare Vorträge, warum wir es nicht tun sollen. Also frage ich mich, was erwartet ihr euch von einem Umweltausschuss, was dort passieren soll.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das kann ich dir schon sagen!

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Ja, sagst mir es dann bitte, weil beim nächsten Gemeinderat ...

Unverständliche Zwischenrufe

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Ich kann euch eines schwören, weil beim nächsten Gemeinderat, oder meinetwegen nach dem Umweltausschuss, habt ihr diese beiden Anträge wieder im Gemeinderat, weil es geht nicht nur darum, dass man ein Geld hergibt, über das ich jetzt eigentlich gar nicht genauer reden will, es geht um ein grundsätzliches Bekenntnis für den Umweltschutz in Steyr. Um das geht es, und ob da ein paar „Stäuberl“ mehr oder weniger sind und ob die jetzt schädlich sind oder nicht, da kann man sich vortrefflich darüber streiten. Nur die Linzer sind auch nicht blöd und haben das durchgeführt und dort hat die Geschichte eine Sozialdemokratin durchgeführt und wenn die die Wortmeldungen von Steyr gehört hätte, hätte sie – nein, ich will gar nicht sagen, was sie gemacht hätte – aber eines ist auf jeden Fall klar, es wird nicht recht viel bringen, wenn wir im Umweltausschuss darüber reden. Ich bleibe bei meiner Meinung, ich möchte das heute hören und sie können dann entscheiden, ob sie es tun oder nicht. Aber eines ist auf jeden Fall auch klar, besser wird die Luft nicht, wenn sie sich im Gemeinderat so zurückhaltend zeigen, wenn sie in der Richtung nichts unternehmen und man kann das ja abwarten, wie sich die Entwicklung für uns darstellt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke Kurt. Ich kann dir nur eines sagen, ich habe in Wien gehört, was Maßnahmen von Großstädten gesetzt werden, die durchaus sinnvoll sind und wir diskutieren heuten über zwei Einzelmaßnahmen. Die Maßnahmen, die von Städten wie Wien oder Graz gesetzt werden, die sind aus meiner Sicht sehr umfangreich und sehr sinnvoll und wären auch in unserem Umweltausschuss zu diskutieren. Da gehört darunter z. B. das ganze Straßenkehren, das Streuen von Streusplitt etc., jede Menge und das kann man systematisch betrachten und dann die sinnvollsten Maßnahmen setzen und nicht eine Einzelmaßnahme setzen, wo ich genau weiß, bei den Linzer Maßnahmen, wo sie € 100,-- dazuzahlen, dass das eh fast keiner macht. Also das ist eine Alibiaktion, das möchte ich nur so festhalten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Auf der einen Seite jammert man, dass wir kein Geld haben und dann ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
F-Fraktion? Keine.
Bürgerforum?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Ja, ich denke mir, es ist nicht Feigheit, da eine Zuweisung zu machen und das möchte ich nicht im Raum stehen lassen. Ich bekenne mich gerne dazu, dass gerade die Stadt Steyr als Vorbildwirkung, wenn sie es von ihren Bürgern natürlich auch möchte, gerade mit eigenen Beispiel vorangeht und alles macht, um die Feinstaubbelastung zu senken. Nur wenn ich vor der Situation stehe, dass die eine Geschichte eintritt, dass der Gemeinderat das niederstimmt -und das wird passieren und dann ist es auch bei der nächsten Sitzung nicht auf der Tagesordnung, weil ich alleine kann keinen Tagesordnungspunkt ...

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Wir sind für alles offen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ja, unter Allfälliges irgendwo, aber so gibt es wenigstens einen offiziellen Antrag und eines erwarte ich mir schon, dass zu Beginn der Umweltausschusssitzung, nämlich im Vorfeld auch tatsächlich erhoben ist, wie viel kostet es tatsächlich. Jetzt habe ich gehört, das kostet € 20.000,--, vielleicht kostet es eh ein bisschen weniger, ich weiß es ja nicht.

Unverständliche Zwischenrufe

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ich glaube es schon, aber ich hätte es wirklich gerne erhoben, wie viel macht das aus usw. Das ist zumindest die Variante, wo ich sage, das Thema ist nicht weg vom Tisch.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Zuweisung an den Umweltausschuss. Wer für die Zuweisung an den Umweltausschuss ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? 2 (GR Apfelthaler und GR Kupfer). Stimmenthaltung?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Frau GR Fanta ist hinaus gegangen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Jetzt müssen wir noch über den Antrag abstimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Nein, das ist schon gefallen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ach so, gilt das für beide Anträge? Für beide Anträge, das selbe.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Herr Bürgermeister, beim zweiten Antrag geht es um eine Fördermaßnahme, die finanzielle Auswirkungen hat ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Er kann zuerst im Umweltausschuss durchkommen.
Unverständlicher Zwischenruf von Frau GR Mag. Michaela Frech

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Also dann stimmen wir auch über den zweiten Antrag ab, der ebenfalls dem Umweltausschuss zugewiesen wird und der dann später dem Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss weitergegeben wird. Sind sie mit dieser Vorgangsweise einverstanden? Wer für diese Vorgangsweise stimmt, Zuweisung an den Umweltausschuss, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist

jemand dagegen? 3 (Grüne). Stimmenthaltungen? 1 (Bürgerforum). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Ich danke dem Berichterstatter und ersuche den nächsten Berichterstatter, Herrn StR Mayrhofer.

BE:STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Meine verehrten Damen und Herren. Der erste Antrag geht um Randbalkenerneuerung Schönauerbrücke. Hier geht es um die flussoberseitig gelegene Randbalkenerneuerung, die flussunterseitige haben wir ja letztes Jahr schon gemacht.

21) BauBrü-2/01 Schönauerbrücke – Randbalkenerneuerung 3. Teil; Vergabe der Arbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 17. März 2005 wird der Vergabe der oberwasserseitigen Randbalkenerneuerung und Verbreiterung auf 3,0 m im Ausmaß von EUR 249.785,88 inkl. MWSt. an die Fa. Swietelsky, Linz, zugestimmt, wobei zusätzlich etwa EUR 10.200,-- inkl. MWSt. für Erschwernisse im Gehsteig- und Stiegenbereich beim angrenzenden Objekt Eybl vorzusehen sind.

Die Mittelfreigabe im Gesamtausmaß von EUR 260.000,-- inkl. MWSt. erfolgt bei der vorgesehenen VSt. 5/612000/
002270 „Gemeindestraßen; Straßenbau Brückenerhaltung“.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Gibt es zu diesem Antrag Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Der nächste Punkt betrifft die Maßnahmen zur Ortsbildpflege 2005.

22) K-1/05 Maßnahmen zur Ortsbildpflege 2005 „Innere Stadt“ und „Ennsdorf“ – „Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet“.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III, FA für Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung, vom 11. März 2005 werden für die Subventionierung von Maßnahmen zur Ortsbildpflege Mittel wie folgt freigegeben:

„Innere Stadt“ und „Ennsdorf“
„Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet“

Kapitaltransferzahlungen an private Haushalte Maßnahmen der Altstadterhaltung bei der VA-Stelle 5/363000/778000 200.000,-- EURO

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 175.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Mein letzter Antrag betrifft das gesamte Asphaltierungsprogramm der Stadt Steyr mit 240 km Straßennetz.

23) BauStr-2/05 Asphaltierungsprogramm 2005; Vergabe der Arbeiten; Dringlichkeitsbeschluss.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 15. April 2005 wird der Vergabe des Asphaltierungsprogrammes 2005 für die Bauvorhaben, Pflasterung Schlossberg BA 2, Belagssanierung Bahnhofstraße – Hessenplatz, Mittere Gasse BA 2, Schnallentorweg – Friedhofszufahrt, Sanierung Glöckelstraße samt Verkehrssicherungsmaßnahmen, Gehsteigerrichtung Steinerstraße einschließlich 2 Ausweichen, Verbindungsweg Knoglergründe – Feldstraße, Gehsteigabsenkung sowie Regiearbeiten für Behindertenmaßnahmen im Stadtgebiet wie folgt zugestimmt.
Vergabevorschlag – Auftragnehmer – Errichtung/Finanzierung – Betrag inkl. MWSt.

1) Asphaltierungsprogramm 2005 – Gebrüder Haider, Großraming – 2005 – EUR 223.316,87

2) Ergänzende Maßnahmen - Gebrüder Haider, Großraming (Ersparnis) – 2005 – EUR 8.243,13

3) Bepflanzung und Rekultivierung – FA kommunale Dienste – 2005 – EUR 10.000,--

4) Granitsteinlieferung – Diverse Lieferanten – 2005 – EUR 5.000,--

GESAMT: EUR 246.560,--

Die erforderlichen Mittel in Höhe von EUR 246.560,-- inkl. MWSt. werden wie folgt finanziert:

Budget – Betreff – VSt. – Betrag

2005 – Pflasterung Schlossberg BA 2 - 5/612000/002000 – EUR 35.000,--
2005 – Belagssanierung Bahnhof Hessenplatz – 5/612000/002000 – EUR 13.560,--
2005 – Mittere Gasse BA 2 – 5/612000/002480 – EUR 35.000,--
2005 – Schnallentorweg Friedhofszufahrt – 5/612000/002000 – EUR 28.000,--
2005 – Glöckelstraße Straßensanierung – 5/612000/002000 – EUR 40.000,--
2005 – Behindertenmaßnahmen – 5/612000/002000 – EUR 10.000,--
2005 – Gehsteig Industriestraße – 5/612000/002000 – EUR 7.000,--
2005 – Gemeindestraßen – Leistungen Stadtgärtnerei – 5/612000/002000 – EUR 10.000,--
2005 – Steinerstraße Gehsteig + 2 Ausweichen – 5/612000/002190 – EUR 30.000,--
2005 – Gemeindestraßen-Verkehrssicherung, Gehsteigvorziehungen Glöckelstraße – 5/612000/002020 – EUR 8.000,--
2005 – Verbindungsweg Feldstraße – Knoglergründe – 5/612100/002300 – EUR 10.000,--
2005 – Öffentliche Beleuchtung - Sonderanlagen – Bel.-Bau im Zuge d. Straßenbaues – 5/816000/050000 – EUR 20.000,--

GESAMT: EUR 246.560,--

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir geben ca. € 1.000,-- pro km² aus, Wahnsinn. Äußerst notwendige Straßensanierungen, gibt es dazu eine Wortmeldung? Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Ich danke dem Berichterstatter, letzter Berichterstatter, Herr StR Walter Oppl bitte.

BE:STADTRAT WALTER OPPL:
Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates. Bei meinem heutigen Antrag geht es um eine Abänderung der Förderungsrichtlinien für den nachträglichen Einbau von Liftanlagen. Und zwar hat das den Grund darin, dass das Land Oberösterreich ebenfalls die

Förderungsrichtlinien umgestellt hat, von einer Direktförderung ...

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

STADTRAT WALTER OPPL:
... von einer Direktförderung auf Annuitätenzuschüsse und was für ein positiver Effekt damit erzeugt wird, dass jetzt wesentlich mehr Liftanlagen gefördert werden können. Nur zur Verdeutlichung, bei den Liftanlagen, die wir bis jetzt in Steyr errichtet haben, haben wir bis zum neuen Förderungsmodell, noch keinen einzigen Cent an Förderung bekommen, wobei uns aber die Zusicherung seitens des Landes gegeben worden ist. Das heißt, wir haben die ganzen Liftanlagen mehr oder weniger vorfinanzieren müssen. Mit diesem neuen Modell ist das gewährleistet, dass der 50 %ige Zuschuss vom Land ebenfalls nach wie vor gegeben ist und auch bei uns in der Stadt Steyr dieser Zuschuss von 30 %. Wir merken es jetzt schon, einerseits haben wir sämtliche Förderungen von den genehmigten Liften bereits bekommen und andererseits sind wir jetzt momentan in der Lage, auch eine Vielzahl mehr Lifte zu bauen. Momentan sind 3 in Bau in der Hafnerstraße, der nächste Schritt ist in der Schlüsselhofgasse, wo ebenfalls 3 Anlagen gebaut werden und es sind etliche Anlagen in Vorbereitung.

24) Präs-683/02 Richtlinie zur Förderung von nachträglichen Personenlifteinbauten in Wohnhäusern; Umstellung auf Annuitätenzuschüsse.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für öffentliche Rechtangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 16. 03. 2005 wird die in der Anlage beigeschlossene Verordnung betreffend die Änderung der Richtlinie zur Förderung von nachträglichen Personenlifteinbauten in mehrgeschossigen Wohnhäusern der Stadt Steyr genehmigt.

Die Verordnung tritt mit 12. Mai 2005 in Kraft und ist durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundzumachen.

Ich ersuche sie, meinem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Einbau von Liften, eine äußerst sinnvolle und wirkungsvolle Variante, das Wohnen in Steyr wieder angenehmer zu machen. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Keine Wortmeldungen. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.
Ich danke dem Berichterstatter. Das war unser letzter Tagesordnungspunkt. Bei der heutigen Gemeinderatssitzung haben wir Verhandlungsgegenstände im Wert von 1,841 Mio. Euro beschlossen. Ich danke für die Aufmerksamkeit, die Sitzung ist geschlossen.

ENDE DER SITZUNG: 17 UHR 13

DER VORSITZENDE:
Bürgermeister Ing. David Forstenlechner eh.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:
Christian Aichmayr
Gabriele Obermair

DIE PROTOKOLLPRÜFER:
GR Rudolf Blasi
GR Ing. Wolfgang Hack